

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d, Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

12 + 13/84

11. Juli

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Nach dem Wechloy-Eklat: Kritik an Planung und Ablauf



Protestaktionen der Studenten während der Rede von Wissenschaftsminister Dr. Cassens

Foto: Golletz

Nachdem die Einweihungsfeier der naturwissenschaftlichen Neubauten in Wechloy mit einem Eklat geendet hatte, begannen die Diskussionen darüber, ob der entstandene Schaden die weitere Entwicklung der Universität hemmen könne. In der ersten Sitzung des Senats nach der Einweihungsfeier legte der Präsident noch einmal sein Vorgehen dar und erläuterte das Konzept, das mit dieser Veranstaltung verbunden war.

Die sich anschließende Diskussion zeigte die divergierenden Standpunkte, die von einer uneingeschränkten Zustimmung zum Abbruch bis zum völligen Verständnis reichten. Einig war man sich aber immerhin darin, daß es nun darum gehen müsse, den entstandenen Schaden möglichst gering zu halten.

Mit knapper Mehrheit (7 : 6 Stimmen) beschloß der Senat abschließend, die Planung und Durchführung der Veranstaltung zu kritisieren.

ren. In einem Minderheitenvotum wurde dagegen unterstrichen, daß der Schaden für die Universität ohne den Abbruch wahrscheinlich noch größer geworden wäre.

Begonnen hatte die Feier mit zeitlicher Verspätung und in ungeplanter Form. Durch den Nachdruck zahlreicher Einladungskarten seitens des ASTA's sowie durch die praktische Unmöglichkeit, die Türen „hermetisch“ abzuschließen, gelang es einer Gruppe von ca. 150 Studenten, in den Zentralkorridor in Wechloy einzudringen. Aufgrund der gegebenen Umstände entschied die Universitätsleitung, die Veranstaltung dann doch öffentlich durchzuführen. Dabei wurde die dringliche Bitte an die Vertreter der Studentenschaft ausgesprochen, durch ihr Verhalten den besonderen Stellenwert dieser Feier für die Universität zum Ausdruck zu bringen. Der weitere Ablauf gestaltete sich dann, je nach Standpunkt, in sehr

unterschiedlicher Weise. Während die Studenten nach eigener Einschätzung die Vorträge der Festredner mit Luftballons, Trillerpfeifen und rhythmischem Klatschen „begleiteten“, war es nach Worten des Präsidenten ein „Happening“, das nur den Sinn habe, die Gäste der Lächerlichkeit preiszugeben. Als ein Vertreter der Studenten vor dem Vortrag von WRK-Präsident Professor Berchem das Mikrophon besetzte und in seinem Redebeitrag geladene Gäste angriff, brach der Präsident die Veranstaltung ab. Nach Worten Zillebens habe die Veranstaltung in der von den Studenten zu verantwortenden Form die „Grenze des Erträglichen“ überschritten gehabt.

Eine ausführliche Dokumentation dieser Vorgänge ist auf den Seiten 3-5 abgedruckt.

„Interkulturelle Pädagogik und Beratung“ genehmigt

Der Wissenschaftsminister hat zum Wintersemester 1984/85 einen Diplom-Studiengang Pädagogik mit der neuen Studienrichtung „Interkulturelle Pädagogik und Beratung (Ausländerpädagogik)“ genehmigt. Er dürfte in der Bundesrepublik Deutschland insofern einmalig sein, als in ihm nicht nur Probleme ausländischer Familien, sondern die von diskriminierten Minderheiten generell thematisiert werden sollen. Dies schließt auch die Behandlung der Probleme der Dritten Welt notwendig ein. Für den neuen Studienschwerpunkt, der am Fachbereich Pädagogik eingerichtet wird, stehen 20 Studienplätze zur Verfügung. Anträge auf Zulassung sind bis spätestens 16. Juli an das Immatrikulationsamt zu stellen, Anträge auf Anerkennung von Studienleistungen sofort an das Akademische Prüfungsamt. Nähere Auskünfte über den Studienschwerpunkt erteilt Dr. Rolf Meinhardt, Tel.: 798-2081 oder 15060.

Ab Wintersemester Magisterstudium

Ab Wintersemester 84/85 ist an der Universität Oldenburg das Magisterstudium möglich. In einem Erlaß hat der Wissenschaftsminister die Einrichtung von zwölf Magisterteilstudiengängen in den Fächern Anglistik, Germanistik, Geschichte, Geographie, Kunst, Musik, Niederlandistik, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Pädagogik, slawische Philologie und Sportwissenschaften genehmigt.

Der Minister entsprach damit nach langen Verhandlungen einem Antrag der Universität, die in der Einrichtung des Magisters einen Ausgleich für die Reduzierungen der Studienplätze im Lehramtsbereich sieht. Präsident Dr. Horst Zilleben sagte dazu, daß das Magisterstudium generell zwar nicht die Berufschancen gegenüber Absolventen des Lehramtsstudiums verbessere, jedoch böten sich jungen Menschen Möglichkeiten, ihren Neigungen entsprechend eigene Qualifikationsprofile zu schaffen, die in bestimmten Kombinationen Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt abdecken könnten. Die Universität

werde dazu bestimmte Empfehlungen aussprechen, die für Magisterstudenten allerdings nicht verbindlich seien.

Magisterstudenten schließen ihr in der Regel neuemestriges Studium mit einem ersten und zweiten Hauptfach oder einem Hauptfach und zwei Nebenfächern ab. Bis auf Pädagogik und Politikwissenschaften, die nur als zweites Hauptfach oder als Nebenfächer gewählt werden können, sind alle anderen Fächer beliebig kombinierbar. Allerdings gibt es Zulassungsbeschränkungen für die Fächer Germanistik, Kunst, Musik und Sport. Für diese Fächer müssen die Bewerbungen bis Montag, 16. Juli 1984, beim Immatrikulationsamt der Universität Oldenburg eingegangen sein. Für die übrigen Fächer nimmt das Immatrikulationsamt Einschreibungen bis zum 31. Oktober 1984 entgegen.

Weiter bemüht sich die Universität auch um die Einrichtung von Magisterteilstudiengängen in den Fächern Wirtschaftswissenschaften und Psychologie, um die Kombinationsmöglichkeiten zu erhöhen.

Lehramt ohne Sozialkunde, Geographie und Russisch?

Die Universität wird Möglichkeiten gerichtlichen Rechtsschutzes nutzen, wenn der Wissenschaftsminister bei seiner verfügten Einstellung von Teilstudiengängen für Lehramt bleibt und auch der Präsident durch Verhandlungen mit dem MWK keine Korrektur erreicht. Dies beschloß der Senat einstimmig als Antwort auf einen Erlaß, nach dem Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen oder an Gymnasien anstreben, sich bereits ab Wintersemester 1984/85 nicht mehr für die Fächer Sozialkunde und Geographie einschreiben können. Im Gymnasialbereich wurde zudem der Teilstudiengang Russisch aufgehoben. Ob es

tatsächlich zu einer Klage kommen wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Die Studenten allerdings, die die genannten Fächer zur Zeit belegt haben, werden in jedem Fall ihr Studium abschließen können, und zwar bis zum Wintersemester 1988/89 (Grund- und Hauptschule), zum Sommersemester 1989 (Realschule) und zum Sommersemester 1990 (Gymnasium). Geographie und Sozialkunde können zudem im Grund- und Hauptschulbereich und im Realschulbereich weiterhin als drittes Fach belegt werden.

Gegen die schon erwartete und deshalb nicht überraschende Entscheidung des Wissenschaftsministers hatte sich die Universität lange gewehrt. Der Minister begründete seine Maßnahme mit dem allgemeinen Rückgang der Studienbewerberzahlen für Lehramtsstudiengänge. Zudem wies er darauf hin, daß nur die Aufhebung von Studiengängen es ermögliche, Stellen in jenen Studienbereichen zu schaffen, die einer Kapazitätsausweitung bedürften. Trotz der jetzigen Aufhebung von Teilstudiengängen halte die Universität Oldenburg in der Lehrerbildung den zweiten Platz nach der Universität Hannover und noch vor der Universität Göttingen. Es treffe auch nicht zu, daß das Fächerspektrum der Universität eingeschränkt werde.

Studienbewerber für die von der Streichung bedrohten Studiengänge werden durch diesen Konflikt zwischen Universität und Minister keine Nachteile im Hinblick auf Immatrikulationsfristen erleiden. Falls der Studiengang ihrer Wahl gestrichen werden sollte, werden sie über die üblichen Fristen hinaus eine zusätzliche Bewerbungsmöglichkeit erhalten.

Neue Vizepräsidenten

Das 91köpfige Konzil der Universität Oldenburg hat den derzeitigen Dekan des Fachbereichs 1 Pädagogik, Professor Dr. Jörg Wolff, und den Physiker Professor Dr. Volker Mellert, zu neuen Vizepräsidenten der Universität Oldenburg gewählt. Wolff und Mellert lösen den Biologen Professor Dr. Horst Schminke und den Informatiker Professor Dr. Peter Gorny ab, die zwei Jahre lang dieses Amt bekleideten. Die Amtszeit der neu gewählten Vizepräsidenten beginnt am 1. Oktober dieses Jahres.

brücken. 1966 wurde er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hannover, wo er 1970 promoviert und sich dann als Akademischer Rat 1973 mit einer Arbeit über Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Rechtsdidaktik habilitierte. 1974 wurde Wolff Universitätsdozent und mit der Verwaltung des Lehrstuhls Strafrecht B an der Universität Hannover beauftragt. Im vergangenen Jahr wählte ihn der Fachbereich Pädagogik zum Dekan. Dieses Amt wird er zum 1. Oktober abgeben.

Mellert (40), der zum 2. Vizepräsidenten gewählt wurde, wurde 1975 als Professor an die Universität Oldenburg berufen. Mellert studierte an der Universität Göttingen Physik und legte 1968 sein Staatsexamen als Diplom-Physiker ab. Danach wurde er wissenschaftlicher Assistent ebenfalls an der Universität Göttingen, wo er auch promovierte. In Oldenburg forscht Mellert im Bereich der Angewandten Physik. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Untersuchungen zum Lärm, zur Psychoakustik und Strömungsphysik. Im vergangenen Jahr wählte ihn der Fachbereichsrat zum Dekan. Dieses Amt gab er vor wenigen Wochen ab.



Prof. Wolff

Prof. Mellert

Wolff (46), der zum 1. Vizepräsidenten gewählt wurde, wurde 1976 an die Universität auf die Professur „Theorie der Sozialarbeit“ berufen. Er studierte Archäologie und Rechtswissenschaften in Berlin, Saarbrücken und Tübingen. Das juristische Referendariat absolvierte er in Berlin, Mailand und Saar-

1990 über 12.000 Studenten?

Voraussichtlich im Jahre 1990 werden an der Universität Oldenburg mehr als 12.000 Studenten immatrikuliert sein - eine Zahl, die bis 1995 nur auf etwa 10.000 absinkt. Nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz wird im Jahr 1990 die Spitze des Studentenberges erreicht. An der Universität Oldenburg wird aber die Kurve danach längst nicht so steil absinken wie an anderen Hochschulen. Wie die Leiterin des Dezernates Planung und Statistik, Gertrude Kreutzmann, dazu sagte, seien die Berechnungen nach den Schlüssel der Kultusministerkonferenz und anhand der Daten des Peiser-Gutachtens erstellt worden, das kürzlich vom Bundeswissenschaftsministerium veröffentlicht wurde und sich insbesondere mit den Universitätsneugründungen befaßt. Die hohen Zuwachsraten und das langsame Absinken der Studentenzahlen

sind auf die besondere demographische Situation im Nordwestraum zurückzuführen. In einer anderen, nach Worten von Gertrude Kreutzmann, „auch durchaus realistischen Berechnungsvariante“ müsse sogar von einer Gesamtzahl von 13.000 Studenten im Jahr 1990 ausgegangen werden. Sie wies allerdings darauf hin, daß sich die Prognosen an den jetzigen Studienmöglichkeiten der Universität orientierten. Sie könnten durch stärkere dirigistische Eingriffe des Staates - etwa der Verhängung von Zulassungsbeschränkungen - infrage gestellt werden. Die Berechnungen, die in dem Dezernat angefertigt wurden, sind in der Broschüre „Prognose der Studienanfänger und Studenten an der Universität Oldenburg bis 1995“ zusammengefaßt. Der Analyse ist umfangreiches statistisches Material beigegeben.

DIALOG soll zwischen Praxis und Wissenschaft vermitteln

An der Universität Oldenburg wurde zum 15. Juni ein weiterer Schritt unternommen, um die Verbindung zwischen der Universität und der Region enger zu knüpfen. Mit dem Arbeitsstab DIALOG richtet die Hochschule teilweise eine zentrale Kontaktstelle ein für Praktiker, die Zugang zum wissenschaftlichen Potential der Universität wünschen, und für Wissenschaftler, die Verbindung zur Praxis suchen.

Der Arbeitsstab DIALOG soll für Unternehmen, Verbände, Kommunen, die keine eigene Forschung durchführen, Lösungen aus dem Forschungspotential der Universität Oldenburg und der Fachhochschule Wilhelmshaven vermitteln. DIALOG ist organisatorisch zunächst an das Institut für Vergleichende Politikforschung angebunden.

In der Präambel der am 6. Juni 1974 genehmigten Grundordnung der Universität Oldenburg verpflichtet sich diese Institution, „bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die besonderen Probleme und Bedürfnisse des Nordwestraums Niedersachsens zu be-

rücksichtigen und dadurch die regionale Entwicklung zu fördern.“ Zum zehnten Jahrestag ihrer Grundordnung verleiht die Universität diesem Bestreben durch die Einrichtung des „Arbeitsstabs zur Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Region“ (Arbeitsstab DIALOG) einen formellen Rahmen. Damit folgt sie dem Beispiel anderer deutscher Hochschulen, die in den letzten Jahren Technologietransferstellen eingerichtet haben. Diese Bindeglieder zwischen Wissenschaft, Forschung und Praxis können allerdings nur dann zufriedenstellend zum beiderseitigen Nutzen arbeiten, wenn hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Insgesamt wurden für DIALOG drei befristete Stellen im Rahmen der ABM-Förderung geschaffen. Jobst Seeber und Hansjörg Schmidt, die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter, sehen ihre Aufgabe u.a. darin, die Barrieren zwischen Praxis und Hochschule abzubauen, Anfragen und Probleme in Beratung und/oder Forschung umzusetzen. In einem zweiten

Schritt sollen die Fragen an Forscher der Universität oder für den Bereich Technik an die Fachhochschule Wilhelmshaven, mit der eine enge Kooperation vereinbart ist, vermittelt werden.

Weiter erklärten sie, durch diese Stelle solle einerseits die Hinwendung der Forschungsarbeit zur praxisorientierten Themenwahl bestärkt werden, andererseits müsse die Einrichtung aber auch gegenüber der Praxis verdeutlichen, daß gerade die Universität die Aufgabe habe, Grundlagenforschung zu betreiben, die von direkter „Verwertung“ unabhängig ist.

Die Realisierung dieses selbstgesetzten Anspruches und Zieles bedarf nach Seeber und Schmidt der wohlwollenden Unterstützung aller dialogwilligen Mitarbeiter der Universität Oldenburg. Der Arbeitsstab ist werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr unter der Tel.-Nr. 0441/798-9626/27 erreichbar. Die Diensträume befinden sich in der Außenstelle Weststraße 2-12 der Universität Oldenburg.

Landschaftsschutz in der Haarenniederung



Foto: Gollatz

Seit Mai gibt es an der Universität Oldenburg ein Projekt zur Pflege des Landschaftsschutzgebietes Haarenniederung. Mit ABM-Mitteln des Arbeitsamtes Oldenburg wurden insgesamt sieben Stellen geschaffen. Zum Projektleiter wurde der Hydrogeologe Dr. Hartmut Ludewig benannt, der bereits seit 1974 mit dem Problem der Haarenniederung befaßt ist.

Aufgabe des Projektes ist vor allem der Erhalt der wertvollen Pflanzen- und Tierbestände. Neben der selten gewordenen Grasmücke siedeln dort u.a. noch Nachtigall, Feldschwirl und Rohrsänger.

Größtes Problem der Landschaftsschützer sei der große Publikumsverkehr auf den vielen „wilden Pfaden“, die empfindliche Bestände der

Feuchtgebietspflanzen durchschneiden. Auch die vielen Hunde seien problematisch, da in Schilf und Seggen die Bodenbrüter gestört werden. Das Gelingen des Projektes werde auch vom Engagement der Anwohner abhängen, die mit dem gut zugänglichen Wanderweg des Vereins „Erholungsgebiet Haarenniederung e.V.“ keineswegs ausgeschlossen werden sollen. Aber eine Nutzung als Kinderspielfeld und Hundelauf verträgliches Gebiet auf Dauer nicht.

In zwei Jahren soll sich gezeigt haben, ob ein schützenswertes Feuchtgebiet inmitten städtischer Bebauung durch gezielte Pflegemaßnahmen erhalten werden könne.

Großgerät zur Kurzzeitspektroskopie



Mitglieder der Arbeitsgruppe Molekül- und Biophysik am Großgerät zur Erzeugung ultrakurzer Lichtpulse.

Im Fachbereich Physik der Universität Oldenburg wurde von der Arbeitsgruppe Molekül- und Biophysik ein System zur Erzeugung und zum Nachweis von ultrakurzen Lichtpulsen in Betrieb genommen. Das Großgerät wurde je zur Hälfte vom Land Niedersachsen und vom Bund finanziert. Die Kosten betragen 320.000 DM.

Mit diesem Gerät ist es gelungen, eines der technisch fortgeschrittensten Pikosekunden-Systeme nach Oldenburg zu bringen. Es erzeugt Lichtpulse von wenigen Pikosekunden Dauer (1 Pikosekunde = 10^{-12} Sekunden). Man kann die Zeitspanne einer Pikosekunde (ps) am besten am Beispiel der Lichtgeschwindigkeit

veranschaulichen. Licht breitet sich in einer Sekunde 300.000 km aus, das ist fast die Strecke bis zum Mond. In einer ps kommt ein Lichtimpuls somit nur 0,3 mm weit. Lichtpulse von so kurzer Dauer können erst seit einigen Jahren erzeugt werden.

Das Oldenburger System besteht aus einem Infrarotfestkörperlaser (Nd: YAG), dessen frequenzverdoppelte grüne Lichtpulse von 80 ps Dauer als optische Pumpe für einen weiteren (Farbstoff-) Laser dienen. So können Lichtpulse von mehreren Kilowatt Leistung und weniger als 10 ps Dauer erzeugt werden. Ihre Wellenlänge kann durch Grün, Gelb und Rot bis ins Infrarot abgestimmt und an das

Untersuchungsobjekt angepaßt werden. Der experimentelle Aufwand zur Erzeugung solcher Impulse ist beträchtlich. Nur bei genauem Zusammenwirken von komplexen optischen, elektronischen und feinmechanischen Komponenten werden ps-Pulse erzielt (z.B. sind mechanische Einstellungen mit einer Genauigkeit von 0,001 mm erforderlich). Teile der Apparatur wurden in den Oldenburger Werkstätten (ZETWA) gebaut.

Das Gerät wird zur Erforschung von schnellen molekularen Vorgängen eingesetzt. Ziel der Untersuchungen ist es, die mikroskopisch-atomaren Details von Wechselwirkungen und Abläufen in speziellen Molekülen aufzuklären. Die Details begründen die speziellen Eigenschaften der Moleküle. Mit ps Lichtpulsen können zum Teil die Bewegungen von Elektronen, Atomen und Molekülgruppen beobachtet werden, ähnlich wie mit einem Stroboskop mechanische Bewegungen sichtbar gemacht werden können. In den letzten Monaten wurde die Kinetik der Energieaufnahme im Blattgrün (Chlorophyll) untersucht. Erste Ergebnisse werden im August auf der internationalen „Conference on Luminescence“ in Madison/Wisconsin, USA, vorgetragen.

Neu: Meeresbiologie

An der Universität Oldenburg wird im Wintersemester 1984/85 mit der Einrichtung eines Studienschwerpunktes Meeresbiologie begonnen. Alle Veranstaltungen werden koordiniert mit dem Studiengang „Marine Biologie“ der Rijksuniversiteit te Groningen und des Nederlands Instituut voor Onderzoek van de Zee in Texel.

Für die Zukunft bedeutet dies, daß Oldenburger Studenten an Veranstaltungen in Groningen und Texel teilnehmen können. Die Leistungen an der anderen Universität werden anerkannt. Umgekehrt können Groninger Studenten auch in Oldenburg Meeresbiologische Veranstaltungen absolvieren.

Allerdings werden die Austauschmöglichkeiten vorläufig noch beschränkt sein.

Praktikum: Meeresmikrobiologie

Ebenfalls im Wintersemester 1984/85 wird an der Universität Oldenburg ein Praktikum „Meeresmikrobiologie“ durchgeführt werden. Das Praktikum ist angesiedelt im Studienschwerpunkt „Meeresbiologie“, und die Teilnahme ist primär für Biologiestudenten mit diesem Schwerpunkt vorgesehen. Es können sich aber auch andere Biologiestudenten um einen der Praktikumsplätze bewerben.

Thema sind die Kreisläufe der Elemente Kohlenstoff, Stickstoff und Schwefel in marinen Sedimenten. Organismen, mit denen gearbeitet werden soll, sind u.a. oxygene phototrophe Cyanobakterien, anoxygene phototrophe Schwefelpurpur-Bakterien und chemoautotrophe Schwefelwasserstoff oxydierende Bakterien

Das Praktikum wird sechs Wochen Experimentalarbeit umfassen, dazu kommen 20 Stunden Vorlesungen über allgemeine Mikrobiologie, mikrobielle Ökologie und Meeresmikrobiologie. Als Ergänzung sind zwei Exkursionen ins Wattenmeer geplant. Das Praktikum findet statt vom 15. Oktober bis 23. November.

Schwermetalle in Flußmündungen

Wissenschaftler der Universität Oldenburg wollen in einem mit 677.000 Mark vom Umweltbundesamt geförderten Forschungsprojekt eine Methode herausfinden, wie die Schwermetallbelastung der Flußmündungen durch geeignete Bioindikatoren erfaßt werden kann, um damit langfristig die wissenschaftliche Grundlage für spätere Routineprogramme von Bundes- und Landesbehörden zu schaffen.

Die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung ergab sich, so der Biologe Dr. Gerd-Peter Zauke, aus dem Umstand, daß die bisher als Bioindikatoren im Küstenbereich verwendete Miesmuschel in den Flußmündungen von Elbe, Weser und Ems nicht vorkomme. Gerade aber für diese Bereiche sei eine Umweltüberwachung von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus werde die Arbeitsgruppe grundsätzliche Fragen der Bioindikatoren und der Umweltüberwachung („biologische Monitoring“) klären.

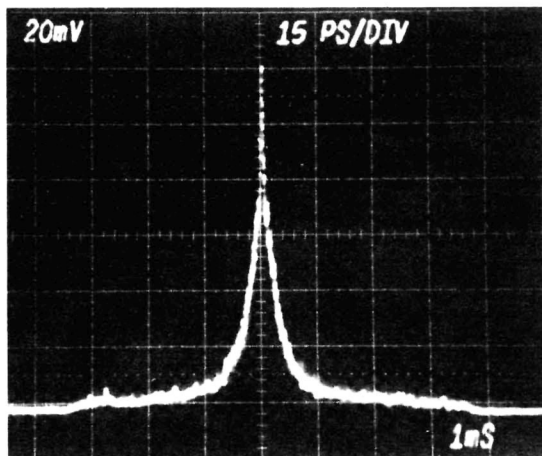
Im Rahmen ihres Projektes arbeiten die Wissenschaftler eng mit dem Nie-

särschischen Wasseruntersuchungsamt (Hildesheim), dem Wasserwirtschaftsamt Brake, dem Wasserwirtschaftsamt Bremen, dem Wasser- und Hafensamt Bremerhaven, dem Hansestadt Bremisches Amt, dem Institut für Meeresforschung Bremerhaven und der Universität Bremen zusammen.

Zunächst wird in dem Projekt die Verbreitung ausgewählter Tiere und Pflanzen der Brackwasserzonen in den Flußmündungen analysiert: insbesondere im Hinblick auf Flohkrebse (Gammariden), Seepocken (Balaniden) und fädige Grünalgen (Enteromorpha). Weiterhin werden die wissenschaftlichen Probennahmetechniken entwickeln, um ausreichende Mengen von Organismen für Schwermetallanalysen zu gewinnen. Die einfachste Methode, das Aufsammlen von natürlichen Beständen (z.B. von Flohkrebse) stellt die Wissenschaftler gerade in der Weser, die den Schwerpunkt der Untersuchung bildet, vor Probleme, weil viele Bereiche ungeeignet (z.B. Sandstrände) oder unzulänglich (z.B. das Indu-

strie- und Hafengebiet von Nordenham und Bremerhaven) sind. Daher werden zur Zeit Möglichkeiten erprobt, Organismen auf dafür eigens konstruierten Schwimmkörpern anzusiedeln.

Mit Experimenten in Durchflußaquarien, die an der Weser installiert werden, wird die Reaktion der möglichen Bioindikatoren auf geringfügige, zusätzliche Schwermetallkonzentrationen im Weserwasser unter weitgehend natürlichen Bedingungen analysiert. Weiterhin werden die Auswirkungen niedriger, dem tatsächlichen Vorkommen entsprechender Schwermetallkonzentrationen auf Populationen der erwähnten Brackwasserorganismen in einer Aquarienanlage untersucht, die sich in der Universität befindet. Mit diesen Laborexperimenten soll geklärt werden, ob sich die Organismen an eine vorgegebene Schwermetallbelastung anpassen. Für die Analyse der Schwermetalle steht ein eigenes Untersuchungslabor zur Verfügung, das u.a. mit einem Atomabsorptionsspektrophotometer ausgerüstet ist.



Aufnahme eines Pikosekunden-Laserblitzes mit dem Autokorrelationsverfahren. Die zeitliche Dauer dieses Pulses ist 7 ps.

Weiteren Schaden für die Universität verhindern

Nachdem auch die Diskussion im Senat keine Beruhigung über den Ablauf der Einweihungsfeier gebracht hatte und zudem mit einigen - teilweise Offenen - Briefen an den Präsidenten die verschiedenen Standpunkte eher verhärtet erscheinen, dokumentiert das uni-info den bisher nicht öffentlich geführten Teil dieser Auseinandersetzung: zwei Briefe an den Präsidenten sowie dessen Antwort an Professor Dr. Blanke. Ebenfalls wird die verhinderte Rede von WRK-Präsident Professor Dr. Berchem abgedruckt.

Überzogen

Lieber Herr Zilleßen,

Anlaß für diesen Brief an Sie ist die öffentliche Empörung, die die Berichterstattung der NWZ vom Freitag, dem 29. Juni 1984, über das Verhalten der Studentenvertretung anläßlich der Eröffnung der naturwissenschaftlichen Gebäude in Wechloy ausgelöst hat. Immer wieder wurde ich gestern und heute von Bekannten und Freunden, die die Universität nicht von innen kennen, darauf angesprochen, was da denn losgewesen sei, ob man solchen Krakeelern nicht das Handwerk legen könne. Da war ganz in Übereinstimmung mit dem Kommentar von Bodo Schulte in der NWZ - die Rede von den Nazimethoden der Marxisten, Kommunisten oder Chaoten und daß man solche Typen ganz einfach rauswerfen sollte aus der Universität oder aber eine Universität zumachen müßte, wenn sie mit diesen Leuten nicht fertig werden könne (oder, was noch schlimmer wäre, wolle).

Nun war ich bei dieser Eröffnungsveranstaltung selbst nicht zugegen und konnte daher aus eigener Anschauung zu diesen Vorwürfen nicht Stellung nehmen. Auch mir war nur die Berichterstattung in der NWZ bekannt sowie die Bewertung dieser Vorgänge durch besagten Kommentator, der in ihnen offenbar einen willkommenen Anlaß sah, in einer Manier, wie ich sie nur aus den Hetzartikeln der Springer-Presse gegen die Studentenbewegung kenne, die rechte Volksmeinung gegen die Studentenschaft und latent gegen die Universität insgesamt anzufeuern. Ausweislich des Berichts in der NWZ endete die Veranstaltung mit einem Eklat, vorher hatte es einzelne Störungen durch Zwischenrufe und Pfiffe gegeben. Den eigentlichen Anlaß der ganzen Aufregung und Empörung bildete demnach offenbar die Tatsache, daß Sie die Veranstaltung während der - vorher nicht abgesprochenen - Verlesung der Stellungnahme der studentischen Vollversammlung abgebrochen haben. Sie müssen sich daher die Frage stellen lassen, ob dieser Abbruch der Veranstaltung gerechtfertigt war - und dies nicht nur in einem formaljuristischen Sinn oder unter dem Aspekt der Höflichkeit gegenüber geladenen Funktionsträgern der Parteien und der Regierung, sondern in Hinblick auf die politischen Konsequenzen, die dies Ereignis denn auch prompt in der regionalen Öffentlichkeit ausgelöst hat; gewiß, für die eifernden Schreibern eines Herrn Schulte können und brauchen Sie nicht einzustehen, jedenfalls nicht für sein fatales Geschichtsbild nach bewährtem deutschen Muster. Als Präsident der Universität sind Sie aber dafür verantwortlich, daß Sie jedenfalls nicht in erheblichem Ausmaß mit dazu beitragen, daß Tatsachen geschaffen und Vor-Interpretationen geliefert werden, die als Vorwand oder Anlaß für solche publizistische Feldzüge gegen die Studentenschaft und die Universität insgesamt dienen könnten.

Soweit ich der Zeitung entnehme, bildete die zitierte Passage aus der Stellungnahme der Vollversammlung der Studenten den unmittelbaren Anlaß für Sie, der Veranstaltung das Ende

zu bereiten. Darin haben Sie offenbar eine persönliche Verunglimpfung der angesprochenen CDU-Politiker gesehen. Ich kann Ihnen darin beim besten Willen nicht folgen, im Gegenteil, ich sehe in dem daraufhin vollzogenen Abbruch der Veranstaltung - entgegen der nachträglich abgegebenen und in der NWZ referierten Stellungnahme der Hochschulleitung sehr wohl eine „abwehrende Haltung gegenüber studentischer Kritik“. Darüber, daß es sich bei den Äußerungen der Studenten nicht um eine Beleidigung im rechtlichen Sinne handelt, brauchen wir uns wohl nicht zu streiten: Dies ist offensichtlich. Warum, so frage ich Sie, sollen also solche Äußerungen nicht toleriert werden? Beziehen Sie sich nicht auf Fakten, die jedermann an der Universität - und weiten Teilen der hiesigen Bevölkerung - bekannt sind? Abwegig in der Sache sind sie m.E. keineswegs, wie die Abstimmung im Landtag über die Einrichtung des Studiengangs Jura und die Einleitung von „flächendeckenden“ Berufsverbotsverfahren gegen Kandidaten der DKP durch die Niedersächsische Landesregierung gezeigt haben. In der NWZ wird gleich zweimal darauf hingewiesen, Sie hätten diese Probleme bewußt auch in Ihrer Rede angesprochen. Was rechtfertigte dann den Abbruch der Veranstaltung? Offenbar allein die Form des Beitrags der Studenten, die Tatsache, daß hier Namen genannt und das heißt politische Repräsentanten für ihr Verhalten rechenschaftspflichtig gemacht werden sollten. Seit wann ist das aber anstößig? Ist das nicht vielmehr notwendige Aufgabe jeder politischen Auseinandersetzung - eine Spielregel demokratischer Politik, die nur allzu gern (und nicht erst seit dem Kabinett Kohl) außer acht gelassen wird? Ich empfinde nicht nur die Tatsache der von Ihnen geübten Zensur peinlich und schädlich für die Universität und die Freiheit öffentlicher Kommunikation und Auseinandersetzung, sondern ebenso die Richtung, in der sie ausgeübt wurde: Wie glimpflich gehen denn die genannten Politiker ihrerseits mit Personen um, die sie als politische Gegner identifizieren? Beispiele dafür, daß sie in öffentlichen Auseinandersetzungen jedes Augenmaß für Fairneß verlieren und auch vor offenen oder versteckten Verunglimpfungen nicht halt machen, kennen wir alle zur Genüge und bleiben auch zum Teil selbst nicht davon verschont. Sollten Studenten hier nicht das Recht haben, solches Verhalten anzuprangern, auch wenn Ihnen dies nach Ort und Zeit die falsche Gelegenheit zu sein scheint, in der sie das tun? Und meinen Sie, die angesprochenen Politiker vor solchen Auseinandersetzungen in Schutz nehmen zu müssen? Das können sie, wie sie in der Vergangenheit bewiesen haben, schon selbst zur Genüge. Publikumsreaktionen, Beifall, Zwischenrufe oder Mißfallenskundgebungen gehören zum Alltag politischer Auseinandersetzungen. Ich empfehle Ihnen mal die Lektüre von Protokollen des Bundestages oder von Landtagen; ganz zu schweigen von dem, was ihnen bei öffentlichen Auftritten vom Publikum entgegengesetzt wird. In einer Universität, die weder ein Harmonieverband noch eine Kadettenanstalt oder ein Mädchenpensionat ist, sollten keine anderen Spielregeln gelten als sie in einer demokratischen Gesellschaft auch sonst üblich sind. Politiker vor berechtigter (aber ebenso unberechtigter) Kritik durch Studenten - oder wen auch immer - zu schützen, kann und darf nicht die Aufgabe einer Universitätsleitung sein.

Kurzum: Ich halte Ihre Reaktion für gänzlich überzogen und politisch fatal, die Stellungnahme der Hochschulleitung hierzu für ungenügend, in der Sache für falsch. Mich hat beides irritiert, und deshalb wende ich mich in dieser Form an Sie, weil ich Ihre politisch-theoretischen Auf-

fassungen (soweit ich sie aus Arbeiten von Ihnen kenne) schätze und in vieler Hinsicht teile. Umso weniger vermag ich nachzuvollziehen, warum Sie in der geschilderten Weise Ihre Befugnisse als Präsident der Hochschule eingesetzt haben. Aus zahlreichen Gesprächen, die ich inzwischen mit Kollegen und Studenten über den Verlauf der Wechloy-Eröffnung geführt habe, weiß ich, daß sehr viele ebenso empfinden (und die Darstellung der Ereignisse, die die NWZ in ihrem Berichtsteil gegeben hat, im

wesentlich zutreffend ist). Es geht daher nicht lediglich um eine persönliche Kontroverse zwischen uns über demokratische Verkehrsformen in der Universität, sondern um eine Auseinandersetzung von allgemeiner Bedeutung für die Angehörigen dieser Hochschule. Sie sollte auch öffentlich geführt werden.

Ich bitte Sie daher, auf diesen Brief zu antworten. Auf die Meinungspolitik des hiesigen Monopolblatts haben wir kaum Einfluß. Aber wie mit Kon-

flikten in der Hochschule umgegangen wird und wie sie weiterdiskutiert werden, dafür sind wir selbst mitverantwortlich. Und vielleicht könnte die universitätsinterne Publikation des mit diesem Schreiben angeregten Briefwechsels dazu beitragen, daß wir - und erst recht die ins Abseits brauner Vergangenheit und ihrer mißratenen „Bewältigung“ gestellten Studenten - ein Stückweit Subjekt dieser notwendigen Debatte bleiben.

Prof. Dr. Thomas Blanke

Schuldiger Dank an die Region

Lieber Thomas Blanke, ich möchte Ihren Brief, für den ich Ihnen ausdrücklich danke, zum Anlaß nehmen, auf die wesentlichen Fragen und Argumente einzugehen, die nicht nur Sie zu den Vorgängen am 28. Juni dieses Jahres vortragen. Im Sommer vergangenen Jahres stand fest, daß die zunächst vorgesehene Verbindung der Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Universität mit der öffentlichen Übernahme der Neubauten für die Naturwissenschaften sich nicht realisieren ließe. Daher beschloß der Senat eine

vorgesehenen Redner Gegenüber schlägt erörtert, aber nie Ort und Art der Veranstaltung in Zweifel gezogen worden. (Dies schließt gewiß nicht aus, daß es hinterher viele gibt, die es besser gewußt haben.) Bevor ich dem Senat die im Programm ausgedruckte Abfolge von Redebeiträgen vorgelegt habe, habe ich auch erwogen, für je einen Vertreter des Personalsrats und der Studentenschaft einen Beitrag vorzusehen. Im Senat ist daraufhin von Vertretern der Professoren zu recht eingewandt worden, daß auch sie Rederecht beanspruchen,

von Redebeiträgen den Rahmen der Veranstaltung gesprengt hätte, hat der Senat den von mir vorgeschlagenen Ablauf ohne größeren Widerspruch zur Kenntnis genommen. Da als Ort der Veranstaltung der zentrale Hörsaal der Naturwissenschaften vorgesehen war, stand von vornherein außer Zweifel, daß die Zahl der Einzuladenden begrenzt werden mußte. Solange nicht feststand, mit wievielen auswärtigen Gästen wir rechnen konnten, habe ich inneruniversitär nach dem Repräsentationsprinzip eingeladen: alle Mitglieder des Konzils, des Senats, der vier mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichsräte, des Personalsrats, des ASTA's sowie die Dezenten, die Leiter der zentralen Einrichtungen und die Sprecher der vier mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachschaften. Die restlichen Plätze habe ich allen Lehrenden der Universität angeboten, freilich mit der Maßgabe, deren Anmeldung nur begrenzt berücksichtigen zu können. Unter normalen Bedingungen hätte eine einfache Kontrolle anhand der Einladungskarten ausgereicht, um die Veranstaltung durchzuführen. Nach der Erfahrung mit der Übernahme des Zentralbereichs am Uhlhornsweg konnte ich aber nicht damit rechnen, daß alle Studenten mein Recht als Hausherr respektieren würden. Ich mußte daher Maßnahmen gegen ein widerrechtliches Eindringen von Studenten ergreifen, wenn ich nicht auf die Veranstaltung ganz verzichten oder den Einsatz von Polizei vorsehen wollte - beides kam für mich nicht in Frage.

Dies war in der Tat eine Wahl zwischen drei Übeln, aber ich mußte - wie weiter unten dargelegt - massive Störaktionen der Studenten einkalkulieren. Diese sind nach meiner festen Überzeugung nicht durch die

Fortsetzung auf Seite 4



Vor der geplanten Rede des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Professor Dr. Berchem (rechts) ergriff ein Sprecher des ASTA's das Mikrofon und verlas eine Erklärung der Studenten, in der zunächst gegen die Form der Veranstaltung protestiert wurde.

Im weiteren wurden allgemeine Probleme der Hochschulpolitik angesprochen. Als der Sprecher anwesende geladene Gäste angriff, brach der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, die Veranstaltung ab. Nach Worten Zilleßen's sei durch die persönlichen Angriffe die Veranstaltung endgültig in ihrer ursprünglichen Intention zerstört und das Maß des Erträgliches überschritten worden. Foto: Gollatz

universitätsinterne Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen am 5.12.1983 und eine Veranstaltung mit den Vertretern der Region im Sommer 1984 aus Anlaß der Übernahme der Neubauten. Die Veranstaltung am 5.12.1983 sollte Gelegenheit geben, die besondere Geschichte unserer Universität und die Verdienste ihrer Mitglieder um deren Entwicklung angemessen zu würdigen. Am 28. Juni dieses Jahres sollten die Neubauten offiziell übernommen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dazu sollten - wie im uni-info vom November 1983 ausdrücklich vermerkt - die Repräsentanten der Region eingeladen werden, nicht zuletzt, um ihnen den Dank der Universität für vielfältige und wirksame Unterstützung in den vergangenen Jahren auszusprechen.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, daß die Universität diesen Dank schuldig ist. Die Verdienste der Wissenschaftler, Mitarbeiter und Studenten um den Ausbau der Universität bleiben ungeschmälert, wenn ich hinzufüge, daß ohne die Unterstützung aus der Region die Universität den heutigen Entwicklungsstand nicht erreicht hätte! Dies zu würdigen, war ein wesentliches Ziel der Veranstaltung am 28. Juni. Über Ort und Art der Veranstaltung ist seit Februar dieses Jahres in jeder Sitzung des Senats und in vielen anderen Gesprächen, u.a. mit dem Personalsrat, informiert und diskutiert worden. Dabei sind hinsichtlich der

wenn die Aufgabe des Präsidenten, die Universität insgesamt zu vertreten, auf diese Weise in Abrede gestellt werden würde. Da eine solche Zahl

Diesen Sommer genieße ich auf der eigenen Terrasse.



Wie lange wollen Sie noch von der eigenen Terrasse träumen? Jetzt Effektiv-Sparen mit bis zu 8,5% Rendite. Dabei nutzen Sie alle Bausparvorteile: Mindestens 25% Arbeitgeber-Anteil, 23% Arbeitnehmer-Sparzulage und bis zu 4% BHW-Guthabenzinsen. Das bringt Sie, zusammen mit dem zinsgünstigen BHW-Baugeld, bequem auf die eigene Terrasse.

BHW
BAUSPARKASSE

Auf uns baut der öffentliche Dienst.

Fortsetzung von Seite 3

Art der Veranstaltung oder durch die Sicherungsmaßnahmen provoziert worden. Mit ihnen wäre auch in jedem anderen Fall zu rechnen gewesen. Ungachtet der Beurteilung solcher Aktionen in der Universität - ich konnte und wollte nicht zulassen, daß das Ansehen der Universität in der Region durch solche Aktionen ein weiteres Mal beschädigt wird, was durch die Vorgänge bei der Übernahme des Zentralbereichs ohne jeden Zweifel der Fall war. Daß dies nun doch geschehen ist, trifft mich selbst am härtesten, da ich das Scheitern der Sicherungsmaßnahmen zu verantworten habe. Mit den der Universität zu Gebote stehenden Mitteln sind solche Maßnahmen offenbar nicht so durchzuführen, daß alle Eventualitäten dabei berücksichtigt werden können.

Ich komme nun zu den Gründen, die mich zum Abbruch der Veranstaltung bewegen haben. Nach der Berichterstattung in der NWZ war der Abbruch nicht gerechtfertigt. Aber dort wird auch kein Wort zu der Atmosphäre gesagt, in welcher die Veranstaltung stattfand. In dem völlig überfüllten Hörsaal schwebten zahllose Luftballons; viele Studenten bliesen Seifenblasen in die Luft und amüsierten sich laut, wenn sie besonders groß waren und zerplatzen; die Reden wurden ständig durch rhythmischen Klatschen, Gelächter und Zwischenrufe gestört; das Rednerpult wurde durch Leinen „eingezäunt“, auf welchen Flugblätter und Postkarten aufgereiht waren. Ich kann nicht alle Aktivitäten der Studenten hier beschreiben, nur summieren, daß die Veranstaltung den Charakter eines Happenings annahm. Eine entsprechende Bemerkung von mir haben die Studenten mit zustimmendem Beifall quittiert. Trotz eines Hinweises darauf, daß ich erwogen hätte, die Veranstaltung, die durch diese Form sinnlos geworden sei, abbrechen, gingen die Aktionen weiter. Die Rede des Studenten hätte ich unter normalen Umständen nicht abgebrochen, sondern mich für seine persönlichen Angriffe entschuldigt. Hier war sie der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Ich hielt die Grenze des für unsere Gäste Erträglichen für erreicht - vielleicht war sie auch schon vorher überschritten. Mir ist der Entschluß zum Abbruch nicht leichtgefallen, aber er war keine Kurzschlußreaktion, sondern von der Überlegung getragen, daß der Schaden eines Abbruchs einer solchen Veranstaltung für die Universität geringer sein wird als der Schaden aufgrund der Fortführung in dieser Form - wobei ich noch folgende verbale Angriffe auf Gäste der Universität ebenso wenig ausschließen konnte wie eine Steigerung der Versuche, Veranstaltung und Gäste lächerlich zu machen. Ich muß gestehen, daß mich dieser „Ablauf“ der Veranstaltung auch heute noch sehr bedrückt, aber ich muß zugleich hinzufügen, daß ich nach wie vor überzeugt bin, im Interesse der Universität richtig gehandelt zu haben.



Nach dem Abbruch der Veranstaltung: Die Universitätsleitung und die geladenen auswärtigen Gäste verlassen den großen Hörsaal. Foto: Golletz

Wenn die Universität auf die Unterstützung der Region weiterhin zählen will, dann muß sie deren offizielle Vertreter anständig behandeln - und nicht aus sich selbst heraus einem Rest an Geflohenheiten des akademischen Lebens verpflichtet weiß -, in einer Weise tun, die die Gäste nicht vor den Kopf stößt. Es macht mich betroffen, daß nicht wenige in der Universität dies nicht sehen wollen, daß offenbar auch viele Lehrende so stark auf das universitäre Umfeld fixiert sind und daher wohl nicht recht einzuschätzen vermögen, daß eine solche Form wie am 28. Juni in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen tatsächlich nicht akzeptiert wird. Schlechthin ärgert mich, daß manche Lehrende, die es aufgrund ihrer Lebenserfahrung eigentlich besser wissen müssen, nur Verständnis für die Einschätzung der Studenten aufbringen, die aufgrund fehlender Lebenserfahrung oft nicht wissen, daß sie mit solchen Aktionen ihren eigenen Interessen schaden, weil sie Aggression statt Verständnis erzeugen. Ich wiederhole, was ich in anderem Zusammenhang bereits gesagt habe: diejenigen Hochschullehrer, die weithin unbeschen die Position ihrer Studenten übernehmen, nehmen weder die Studenten als eigenständige Partner noch ihre Aufgabe als Lehrende ernst. Lehren bedeutet nach meiner Überzeugung mehr als die Vermittlung von Daten und Fakten oder deren Zusammenhängen!

Wenn die Universität auf die Unterstützung der Region weiterhin zählen will, dann muß sie deren offizielle Vertreter anständig behandeln - und nicht aus sich selbst heraus einem Rest an Geflohenheiten des akademischen Lebens verpflichtet weiß -, in einer Weise tun, die die Gäste nicht vor den Kopf stößt. Es macht mich betroffen, daß nicht wenige in der Universität dies nicht sehen wollen, daß offenbar auch viele Lehrende so stark auf das universitäre Umfeld fixiert sind und daher wohl nicht recht einzuschätzen vermögen, daß eine solche Form wie am 28. Juni in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen tatsächlich nicht akzeptiert wird. Schlechthin ärgert mich, daß manche Lehrende, die es aufgrund ihrer Lebenserfahrung eigentlich besser wissen müssen, nur Verständnis für die Einschätzung der Studenten aufbringen, die aufgrund fehlender Lebenserfahrung oft nicht wissen, daß sie mit solchen Aktionen ihren eigenen Interessen schaden, weil sie Aggression statt Verständnis erzeugen. Ich wiederhole, was ich in anderem Zusammenhang bereits gesagt habe: diejenigen Hochschullehrer, die weithin unbeschen die Position ihrer Studenten übernehmen, nehmen weder die Studenten als eigenständige Partner noch ihre Aufgabe als Lehrende ernst. Lehren bedeutet nach meiner Überzeugung mehr als die Vermittlung von Daten und Fakten oder deren Zusammenhängen!

Wenn die Universität auf die Unterstützung der Region weiterhin zählen will, dann muß sie deren offizielle Vertreter anständig behandeln - und

das Maß dessen kann doch nun wirklich nicht der Festlegung durch einige Studenten anheimgestellt werden. Ich denke, daß ich mein Verständnis für die besondere Situation der heutigen Studentengeneration hinreichend unter Beweis gestellt habe. Aber dieses Verständnis kann und wird mich nicht davon entbinden, die Verletzung von allgemein anerkannten Umgangsformen nicht hinzunehmen und von den Studenten Toleranz auch für solche Formen zu fordern, die ihnen fremd sind. Sicher ist eine Universität kein Mädchenpensionat; aber es ist auch nicht jede Veranstaltung an der Universität ein politisches Aktionsforum, in dem ja in der Tat andere Umgangsformen die Regel sind. Die Veranstaltung am Vormittag des 28. Juni war nach dem Willen des Senats nicht als ein solches politisches Forum gedacht, und das Verhalten der Studenten kann nicht nachträglich damit gerechtfertigt werden, daß auf den Alltag politischer Auseinandersetzungen verwiesen wird. Für viele Studenten mag es schwer sein, diese Unterscheidung zu akzeptieren. Im Interesse der Universität muß ich jedoch darauf beharren - und dies sollte mit mir jeder, der eine umfassende Politisierung gesellschaftlicher Institutionen nicht will. Weitauß bedenkllicher als die Tatsache, daß viele Studenten die Unterscheidung zwischen mehr politischen und mehr repräsentativen öffentlichen Veranstaltungen nicht akzeptieren, ist für mich das Erkenntnis, daß manche Lehrende und Mitarbeiter der Universität sich schlicht nicht wollen, weil sie zuerst und vor allem ihre allgemeinpolitischen Ziele verfolgen und offenbar Bedenken, daß dies zu Lasten der Universi-

tät gehen kann, nicht teilen. Solange sie nicht einsehen oder zugestehen, daß die Interessen der Universität es erfordern, in bestimmten Situationen die allgemeinpolitischen Ziele zurückzustellen, solange werden Veranstaltungen wie die am 28. Juni für politische Agitation mißbraucht. Noch zwei Anmerkungen zum Schluß: Den Vergleich mit den NS-Studenten halte ich für völlig abwegig, was ich Herrn Schulte auch sogleich nach der Veröffentlichung gesagt habe. In der Veranstaltung war nichts, aber auch gar nichts von jener finsternen Feindseligkeit und brutalen Aggressivität zu spüren, die das Vorgehen der NS-Studenten gekennzeichnet haben. Ich halte den Vergleich für einen journalistischen Fehlgriff. Die zweite Anmerkung: Viele fragen, wie sich mein Eintreten für die Belange der Studenten in meiner Rede und der Abbruch der Veranstaltung miteinander vereinbaren lassen. Zum Zeitpunkt des Abbruchs war dies für

mich kein maßgeblicher Gesichtspunkt, da standen die Interessen der Universität im Vordergrund. Im Nachhinein stellt es sich mir so dar, daß bei einem Fortgang der Veranstaltung in unveränderter Form viele Außenstehende meine Rede als bewußte aber letztlich unnütze Abänderung gegenüber den Studenten hätten verstehen müssen. So war sie aber nicht gemeint, und daher halte ich auch insoweit den Abbruch für konsequent.

Lieber Thomas Blanke, ich hoffe wie Sie, daß die Ereignisse des 28. Juni und auch die in seinem Vorfeld gelaufenen Aktionen dazu Anlaß geben, darüber nachzudenken, wie mit Konflikten in der Hochschule, aber auch: wie mit der Hochschule selbst in solchen Konflikten umgegangen wird. In diesem Sinn habe ich Ihr Schreiben als sehr hilfreich weil verständigungsbereit empfunden. Dafür sage ich noch einmal herzlichen Dank.

Dr. Horst Zilleßen

Erbitterung und Konsequenzen

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Zilleßen, die große Erbitterung, die die rücksichtslose Störung der Eröffnungsfest vom 28. Juni ausgelöst hat, veranlaßt mich, einige Beobachtungen, Erfahrungen und Überlegungen in diesem Brief festzuhalten.

Die Erbitterung ist naturgemäß außerhalb der Universität besonders groß. Bericht und Kommentar der NWZ geben davon einen eher zurückhaltenden Eindruck (wie überhaupt Realitätsblindheit dazu gehörte, wollte man verkennen, daß die NWZ relativ fair und konstruktiv über die Universität berichtet). Bei dem großen Schaden in der Region sollte man aber die Folgen innerhalb der Universität nicht unterschätzen. Es herrscht nicht nur unter den Kollegen unserer Gruppe, sondern bei vielen anderen Mitgliedern tiefe Erbitterung darüber, daß man von einer Minderheit derartiger Schikanen erfahren muß. Indes kommen anscheinend bei einigen Gesinnungsfreunden der Störer Zweifel auf, ob die Folgen der Aktion ihnen nicht selbst unangenehm werden könnten. In bewährter Rabulistik wird darum der Kern der Sache vernebelt, und andere Ursachen und Schuldige werden erfunden.

Man erinnere sich: Als die Übergabe für den Zentralbereich mit Beschimpfungen, Pfiffen und Geschrei zu Ende gebracht war, bekannten sich die Störer noch zu ihrem Verhalten und die Kritik konnte sie direkt erreichen. Die Eröffnungsfest für die Naturwissenschaften war nun bekanntlich der Prüfstein, ob der Präsident Gäste einladen und ihnen unbehelligt den Dank für Unterstützung auch im Namen der überwältigenden Mehrheit in der Universität zum Ausdruck bringen könne. Dieser Versuch ist gescheitert. Angesichts der Bedeutung, die diese neuerliche Niederlage für die Universität hat, wird es Ihre Dienstaufgabe sein, die Ursachen aufzuklären, und zwar nicht nur theoretisch, vielmehr konkret Punkt für Punkt.

Eine solche Aufhellung werden viele Beteiligte vermeiden wollen. Daher stellt man mit einem alten Advokatenrick die Sache auf den Kopf: Nicht die Störer, der Präsident habe die Veranstaltung gesprengt! Er habe ruhig weitermachen lassen können, es sei doch alles nicht so schlimm gewesen, „die Studenten“ hätten es schon nicht zu weit getrieben. Gegen diese Behauptungen sollten Sie sich dann begründend verteidigen, und schon würde aus dem Faktum der Störung eine strittige Meinungsache. Dagegen habe ich im Senat am 4. Juli klar festgehalten, daß es den Störern offenkundig nur darum ging, die Gäste und die Redner so lange wie möglich zu verhöhnen (ich habe im Zorn ein härteres Wort gebraucht), um dann zum Schluß die Sache vollends platzen zu lassen. Von den bei der Senatsdiskussion zahlreich angewand-

senden Vertretern der beteiligten Studentengruppen hat dem keiner widersprochen.

Weiter wird jetzt gesagt, man müsse derzeit besonders Verständnis dafür haben, daß die Studenten ihre ersten Schwierigkeiten zum Ausdruck bringen wollten. Tatsache ist, daß Sie in allen Vorbesprechungen zugesagt haben, als Sprecher der Universität die Sorgen der Studenten besonders hervorzuheben. Tatsache war es dann in der Feier leider auch, daß die anwesenden Studenten Ihre Rede weiter gestört und Sie persönlich verspottet haben, als Sie für ihre Belange eintraten. Es war eine Situation von schmerzhafter Peinlichkeit: Der Präsident unserer Universität bemüht sich Satz um Satz um ein weitgehendes Verständnis für die Studenten, während deren angebliche Vertreter ihn mit offensichtlicher Lust dabei verlachen und verhöhnen. (Allerdings ist festzuhalten, daß zu der Aktion trotz fleißiger Propaganda nur wenig mehr als 100 Studenten erschienen sind.) - Die Bereitschaft, auf Anliegen der Studentenschaft einzugehen, ist an dieser Universität und besonders bei ihrem Präsidenten so groß wie wohl nirgendwo sonst. Die echten Sorgen der tatsächlichen Studenten sollte man nicht auch noch als Vorwand für das Kaputtmachen der Eröffnungsfest vermarkten.

Die Störung kann auch nicht mit Kritik an der Form der Veranstaltung gerechtfertigt werden. Gemessen an der Fülle offener Diskussionsver-

Entspannte Feier



Die Fete der Mitarbeiter nachmittags auf dem „Markt“ in Wechloy verlief in entspannter Atmosphäre. Essen, Trinken und diverse Spielmöglichkeiten wurden reichlich genutzt, wenngleich die Diskussion über den Eklat vom Vormittag im Vordergrund stand. Erfreuliches Ergebnis der Fete: 1.604,10 Mark Überschuss sollen für einen Behindertenkindergarten und für ausgesparte Arbeiter verwendet werden. Foto: Golletz

staltungen und an der uneingeschränkten Betriebsamkeit vieler hochschulpolitischer Gruppen in der Universität finden formelle Veranstaltungen, in denen Vertretern der Region der Dank und die Verbundenheit der Universität bekundet wird, selten genug statt. Die Universität hat ein Recht darauf, auch solche Veranstaltungen unbeeinträchtigt durchzuführen, und alle Gäste und Redner haben ein Recht auf unbehelligte Teilnahme. Das muß in der Universität unmißverständlich vertreten werden. Mancher geschickte Apologet der Störung möchte mit der geheuchelten Betonung des Rechtes auf politische Meinungsfreiheit das Faustrecht zum Umfunktionieren mißliebiger Veranstaltungen salonfähig machen. Hier sind Grundrechte universitären Zusammenlebens betroffen. Wer sie gezielt verletzt, sollte wissen, daß er sie damit auch aufkündigt. Die letzte Argumentation zur Rechtfertigung der Störung ist in ihren Konsequenzen besonders ernst zu nehmen. Wenn man fortfährt, uns solche Dinge aufzuzwingen, so muß das Folgen haben. Als Präsident werden Sie so wenig wie wir um die Beantwortung der Fragen herumkommen: Wer hat ein Interesse an einer solchen Entwicklung? Wer hat ein Interesse daran, sie politisch zu rechtfertigen? Wie kann man die Universität vor weiterem Schaden dieser Art bewahren?

Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg

Verspätete Schlüsselübergabe



Im nunmehr dritten Anlauf wurde am vergangenen Dienstag im kleinen Kreis der Schlüssel zu den Neubauten in Wechloy an den Präsidenten der Universität übergeben. Direktor Peter Meyer vom Generalunternehmer WTR und Dipl. Ing. Georg Meyer für die Hochschulbaugesellschaft als Bauherren sprachen dabei ihren besonderen Dank vor allem den Architekten, Ingenieuren und Bauleuten aus. Mit den Bauten in Wechloy sei nicht nur eine bauliche Abrundung der Universitätsgelände sondern eine bemerkenswerte städtebauliche Bereicherung gelungen.

Im Namen der Universität dankte Dr. Zilleßen allen an der Planung und Ausführung Beteiligten für die „besonders gut geratenen“ Gebäude. Sie seien die „schönsten Hochschulbauten in der Bundesrepublik“ und ein „Pfund für die weitere Entwicklung der Wissenschaften in Oldenburg“.

„Die Rolle der Neugründungen im Hochschulbereich - Bilanz und Perspektiven“

von Theodor Berchem *

Zunächst mein herzlicher Glückwunsch zu den schönen Gebäuden, die Sie heute offiziell eröffnen. Eine schöne Form ist noch keine Garantie für die Qualität des Inhalts - aber eine gute Voraussetzung dafür und eine Verpflichtung dazu. Möge die Wissenschaft, die Sie hier in Forschung und Lehre betreiben wollen, sich der neuen Heimstatt würdig erweisen.

Wahrscheinlich ist dies, von Kliniken abgesehen, das letzte Gebäude dieser Größenordnung aus einer stürmischen Phase des Hochschulbaus, die schon hinter uns liegt. So könnte man, in Abwandlung eines klassischen Goethe-Zitats, ausrufen: Von hier aus geht eine Epoche zu Ende und Ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.

Wir werden gemeinsam einen Rückblick auf diese Epoche tun und den Versuch einer ersten Bilanz wagen, vor allem aber dann nach den Perspektiven fragen, die sich für die kommenden Jahre abzeichnen.

Nebeneinander und Miteinander

Zur „Rolle der Neugründungen“ kommt mir zunächst eine hintergründige, halb scherz-, halb ernsthafte Definition in den Sinn, mit der man heutzutage alte und neue Hochschulen unterscheidet. Alte Hochschulen sind danach diejenigen, die Stellen abgeben müssen, neue Hochschulen solche, die noch Stellen bekommen. Ich weiß nicht, wie alt oder jung danach Oldenburg wäre - ich weiß nur, daß die Universität Würzburg, deren Präsident ich bin, auch im Sinne dieser Definition ihrem Alter von 400 Jahren alle Ehre macht - oder besser: machen muß.

Nun sammeln wir immerhin in Würzburg keine Stellen für Oldenburg und das erleichtert zweifellos meinen heutigen Auftritt bei Ihnen. Dennoch wäre es falsch verstandene Courtoisie zu verschweigen, daß der Epochenwechsel in der Hochschulpolitik, den ich eingangs erwähnte, auch das Verhältnis von neuen und alten Hochschulen spannungsvoll berührt. Die väterliche Fürsorge der Alten, in vielen Gründungskonzepten, -ausschüssen und -senaten bewiesen und bewährt, ist inzwischen einer aufmerksam-kritischen Beobachtung gewichen. Die Jungen ihrerseits nach den ersten Tropfphasen, meist schneller gewachsen als vorgesehen, nebelen sich zunehmend ab, werden selbständiger und selbstbewußter - sollen sie schließlich ja auch - und da bleiben generationsbedingte Spannungen natürlich nicht völlig aus.

Im allgemeinen aber, das darf ich als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz mit über 160 Mitgliedshochschulen sagen, - im allgemeinen haben bisher neue und alte Hochschulen nebeneinander und miteinander in beiderseitigem Respekt ihr Auskommen gefunden. Dies könnte sich ändern, wenn der Druck von außen noch schärfer wird, wenn sich die Schere zwischen Überlast und Sparpolitik weiter öffnet und wenn bei sinkenden Studentenzahlen mit abschmelzenden Hochschul Etats der edle Wettstreit um die bessere Wissenschaft zu einem Kampf ums Überleben werden sollte. Ich komme bei den „Perspektiven“ noch darauf zu sprechen, will aber hier schon soviel sagen: Wenn wir unsere Wettbewerbsenergien nur gegeneinander mobilisieren und nicht auch in gemeinsamer Vertretung der Wissenschaft nach außen bündeln, wird es am Ende allen nur schlechter gehen, auch den vermeintlichen Siegern.

Nun aber zunächst ein Blick zurück auf jene Epoche von Neugründungen, der auch die Universität Oldenburg ihre Existenz verdankt.

Als der Wissenschaftsrat im Jahre

1960 mit seinen ersten Empfehlungen an die Öffentlichkeit trat, stellt er fest, daß sich die Studentenzahlen zwischen 1950 und 1960 von rund 100.000 auf mehr als 200.000 verdoppelt hatten. Die Hochschulen waren in besorgniserregender Weise überfüllt. Der Wissenschaftsrat empfahl deshalb, die bestehenden Einrichtungen räumlich und personell den gestiegenen Studentenzahlen anzupassen und drei neue Universitäten sowie eine Technische und einige Medizinische Hochschulen zu gründen, um den damals für die sechziger Jahre erwarteten Zuwachs um weitere 40.000 bis 60.000 Studenten aufzufangen.

Sehr schnell wurde in den darauf folgenden Jahren deutlich, daß der Wissenschaftsrat die tatsächliche Entwicklung der Studentenzahlen hoffnungslos unterschätzt hatte. Am Ende der sechziger Jahre war die Zahl der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen bereits auf 400.000 gestiegen. Dies zeigt übrigens, daß die Bildungsexpansion, der Ansturm auf die weiterführenden Schulen und auf die Hochschulen, längst eingesetzt hatte, bevor die Bildungskatastrophe erfand und die Politiker die Steigerung der Abiturientenzahlen zur ersten Priorität ihrer Reformprogramme erklärten.

Im Jahre 1970 prognostizierte der Wissenschaftsrat - und die tatsächliche Entwicklung gab ihm recht - bis zum Beginn der 80er Jahre einen Anstieg der Studentenzahlen auf ca. eine Million; er forderte eine entsprechende Erweiterung der Ausbaupazitäten bis 1982. Dieses expansive Ausbauziel wurde 1973 im Bildungsgesamtsplan festgeschrieben. Da der Wissenschaftsrat die mit dem schnellen Wachstum der Studentenzahlen verbundenen, sich potenzierenden Probleme für die Lenkung und Verwaltung der bestehenden Hochschulen und für deren Infrastruktur sah, schlug er die Gründung von dreißig neuen Hochschulen vor.

Mit der Verfassungsreform von 1969 waren gerade die Grundlagen für eine gemeinsame Hochschulbauplanung und -finanzierung von Bund und Ländern geschaffen worden.

Wie die Hochschulgründungen zu jeder Zeit, so waren auch die Neugründungen der 60er und der 70er Jahre Ausdruck des Zeitgeistes. Waren die Hochschulen des 14. Jahrhunderts im Kampf um akademische Freiheit, im 15. Jahrhundert aus humanistischen Idealen, im 17. Jahrhundert aus Glaubensauseinandersetzungen und die technischen Hochschulen des 19. Jahrhundert im Gefolge der industriellen Revolution entstanden, so waren nunmehr mit den Planungen Absichten und Ziele verbunden, die aus dem neu erkannten individuellen Wert und kollektiven Nutzen der Bildung in der spätindustriellen Gesellschaft abgeleitet waren. Es war diese Kombination ökonomischer und sozialpolitischer Motive, die der Bildungsexpansion der letzten zwei Jahrzehnte ihre enorme Schubkraft gab: Sputnik-Schock und Manpower-Bedarf einerseits, „Bürgerrecht auf Bildung“ und „Chancengleichheit“ auf der anderen Seite wirkten in einer Art

großer Koalition zusammen. Kein Wunder, daß diese Koalition mit dem Anstieg akademischer Arbeitslosigkeit zerbrochen ist. Der Indikator Arbeitslosigkeit wird von vielen so verstanden, daß die beiden Prämissen - gesellschaftlicher Bedarf und individueller Aufstiegsnutzen - nicht mehr stimmen. Übersehen wird dabei nur allzu leicht, daß es für andere Berufs- und Qualifikationsgruppen nicht besser, eher schlechter aussieht als für Hochschulabsolventen.

Neue Reformkonzepte

Mit der Gründung neuer Hochschulen war nicht nur quantitative Expansion gewollt, sondern auch eine Fülle inhaltlicher Reformvorstellungen verbunden. Mit der Entrümpelung und Straffung von Studiengängen und der Einrichtung neuer zukunftsweisender Fächergebiete und -kombinationen sollte möglichst vielen die Gelegenheit zu einer qualifizierten und gesellschaftlich verwertbaren Ausbildung gegeben werden. Die mit der Bildungsexpansion verbundene Veränderung der Studentenpopulation setzte eine ganze Reihe neuer didaktischer Konzepte in Gang. Zugleich kam es zu einer von der neomarxistischen Renaissance stark beeinflussten Diskussion um das autonome Selbstverständnis und die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft, die zu einer politischen Polarisierung innerhalb der Hochschulen und auch zwischen den Hochschulen, nicht zuletzt zwischen alten und neuen, führte.

Die neuen Hochschulen wurden nach dem sog. „Regionalisierungskonzept“ bewußt in die bisher unterversorgten Räume der deutschen Hochschullandschaft verlegt. Mit dem Bau neuer Hochschulen in Städten, Landkreisen und Regionen, die eine hohe Schülerzahl auswiesen, aber über keine Einrichtungen des tertiären Bereiches verfügten, sollte all jenen eine Chance auf akademische Bildung gegeben werden, die wegen der Ferne des nächsten Studienortes vor einem Studium zurückscheuten oder die Kosten dafür nicht aufbringen konnten. Die von der Hochschulgründung ausgehenden ökonomisch-strukturellen Effekte für die Region standen dabei von Anfang an Pate und mobilisierten - bis heute - eine emsige Lobby von Stadtverordneten, Bürgermeistern, Wahlkreisabgeordneten, Regierungspräsidenten und Industrievertretern.

Nach diesem Konzept wurden in den sechziger und siebziger Jahren insgesamt 27 Hochschulen begründet. Die Errichtung vollzog sich zum Teil aus dem Nichts, zum Teil wurden Vorgängereinrichtungen, wie z.B. Pädagogische Hochschulen, ausgeweitet und aufgewertet. Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß gleichzeitig die Fachhochschulen errichtet und in ihrem Fächerangebot ausgeweitet wurden. Am Ende dieses stürmischen Prozesses war die Hochschullandschaft gründlich verändert, zweifellos reichhaltiger als früher, aber auch uneinheitlicher als je zuvor.

Dem Kenner der Szene mutet es daher seltsam an, wenn heute in der Öffentlichkeit gefordert wird, das graue Einerlei des deutschen Hochschulwesens sollte sich wieder stärker differenzieren. Wie differenziert die Institutionen sind, mögen einige Angaben über die Mitgliedshochschulen der Westdeutschen Rektorenkonferenz verdeutlichen:

- wir zählen dort 62 wissenschaftliche Hochschulen, darunter acht Technische Hochschulen oder Universitäten, sieben Gesamthochschulen, drei Pädagogische Hochschulen, zwei Medizinische Hochschulen und eine Tierärztliche Hochschule,

- hinzu kommen: zehn selbständige Pädagogische Hochschulen, 55 Fachhochschulen, 27 Kunst- und Musikhochschulen, sieben Philosophisch-theologische bzw. kirchliche Hochschulen, zwei Bundeswehrhochschulen und die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Daß darüber hinaus Bund und Länder in einem geradezu klassischen bildungspolitischen Sündenfall eigene Bedarfshochschulen für den Verwal-

tungsnachwuchs des gehobenen Dienstes errichten, sei nur am Rande noch erwähnt.

Bildungspolitischer Rückschlag

Die in der Mitte der 70er Jahre in der Folge der volkswirtschaftlichen Rezession einsetzende Knappheit der öffentlichen Haushalte traf das gesamte Bildungswesen. Angesichts einer Reihe neuer innen- und außenpolitischer Verpflichtungen des Staates verlor die Bildungs- und Hochschulpolitik an gesellschaftlicher Priorität. Das Ausbauziel von einer Million Studienplätzen wurde auf 850.000 gekürzt, die Personalentwicklung an den Hochschulen stagnierte, die Sachmittelausstattung war real rückläufig. Dieser Einschnitt bedrohte die neuen Hochschulen existentiell. Sie, die sich zum großen Teil noch in der ersten Aufbauphase befanden, wurden in ihrer Entwicklung jäh beschnitten. Ausbaupläne wurden zurückgefahren, Lehr- und Forschungsbereiche gestrichen, ganze Ausbaukonzepte, mitunter sogar ganze Neugründungen in Frage gestellt.

Dem ersten Rückschlag folgte ein zweiter zu Beginn der achtziger Jahre. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, mit der 1969 alles begonnen hatte, war vorübergehend in Frage gestellt, der Bund konnte oder wollte seinen finanziellen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Hochschulbaus nicht mehr nachkommen, die Finanzraten für die Folgejahre wurden erheblich eingeschränkt. Wenn es sich hier auch nur um eine Übergangsepisode handelte und die Mittel für den Hochschulbau anschließend wieder angehoben wurden, so führte sie doch zu einem völligen Umdenken im Hochschulbau. Allen an der Planung Beteiligten wurde schlagartig klar, daß die Phase des Ausbaus der Hochschulen praktisch beendet war. Die Bewältigung der laufenden Vorhaben mit ihren Preis- und Kostensteigerungen zehrt die für den Hochschulbau vorgesehenen Mittel praktisch auf. Der ständig größer werdende Sanierungsaufwand für aus dem letzten Jahrhundert stammenden Hochschulbauten und der Ersatzbedarf für Großgeräte lassen sich nur noch mit Mühe bewältigen. Die Reduktion laufender Projekte und die Streichung von Neubauplänen ist zur Regel geworden. Das Ausbauziel von 850.000 Studienplätzen ist in weite Ferne gerückt und jedenfalls bis zum Ende der 80er Jahre - dem Zeitraum der prognostizierten Höchstbelastung - nicht mehr zu erreichen. Neuerdings wird diese Zielzahl, ich komme später noch darauf, sogar offen von den Finanzministern der Länder in Frage gestellt.

Viele neue Hochschulen traf diese Entwicklung doppelt schwer. Zwar setzte sich bereits in den sechziger Jahren die Erkenntnis durch, daß der Prozeß der Etablierung einer Neugründung sehr langwierig ist. Nicht nur im reinen Bauvorgang kommt es selbst bei ausreichendem Mittelfluß ständig zu Stillstand und Änderungen, auch die Selbstfindung der neuen Einrichtung und der Prozeß des Angenommenwerdens von der wissenschaftlichen Umwelt und von den Studenten ist von dauernden Rückschlägen begleitet.

Noch 1979 kam der Wissenschaftsrat in seinem Bericht zum Ausbaustand und zu den Entwicklungsbedingungen neuer Hochschulen zu dem Ergebnis, daß die neuen Universitäten im Durchschnitt nur zu ca. 90 Prozent ausgelastet seien, während die alten traditionellen Hochschulen im Durchschnitt Werte um 110 bis 115



Prozent aufwiesen. Damit hätten die Neugründungen die Entlastungsfunktion, die ihnen zugedacht war, nur in ungenügendem Maße erfüllt. Ein Grund für diese schlechte Bilanz war freilich der ungenügende Ausbau der neuen Hochschulen. Es zeigte sich, daß sie im Vergleich zu den traditionellen Hochschulen über ein wesentlich eingeschränkteres Fächerspektrum verfügten, das ihnen vergleichbare Entwicklungschancen nahm. Hinzu kam, daß eine Reihe von Neugründungen aus pädagogischen Hochschulen hervorgegangen war und im wesentlichen auf lehrerbildenden Studiengängen aufbaute. Da aber in dieser Phase bereits wegen der vielfach beschworenen Lehrerschwemme und -arbeitslosigkeit die Zahl der Studienanfänger und Studenten im Lehramtsstudium trotz insgesamt steigender Nachfrage nach Studienplätzen rückläufig war, sanken die Studienanfängerzahlen an einigen neuen Hochschulen ab.

Das Schicksal der Neugründungen müßte übrigens denen, die zur Zeit der Einrichtung und Förderung privater Hochschulen das Wort reden, zu denken geben. Es zeigt, daß Musterhochschulen nicht aus dem Boden gestampft werden können, sondern daß sie einen langwierigen Findungs- und Anerkennungsprozeß durchlaufen müssen, um als vollwertige Mitglieder in der wissenschaftlichen Gemeinschaft anerkannt zu werden, wobei der Erfolg nicht garantiert werden kann. Die Startbedingungen privater Hochschulen mit hohen Studiengebühren und extremer fachlicher Spezialisierung sind dabei noch schlechter als die mancher Neugründung. Sie werden mit Sicherheit nicht innerhalb weniger Jahre die tatsächlichen oder vermeintlichen Defizite auf dem Gebiet hochqualifizierter Forschung und Lehre beheben können. Die Politiker, die diese Gedanken und Hoffnungen verbreiten, wären gut beraten, wenn sie die Erfahrungen der Vergangenheit in ihre Überlegungen einbezogen und ein einmal entworfenes Konzept vollenden, statt übereilt auf eine neue Karte zu setzen. Sie wissen, daß ich damit nicht die Kultusminister meine, die, wenn ich recht sehe, sich durchweg im gleichen Sinne geäußert haben.

Regionalisierung oder Provinzialismus?

Über die verbreitete Unzufriedenheit in der vermeintlich getäuschten Erwartung an die Neugründungen mischte sich bald neue Kritik. Den neuen Hochschulen wurde der Vorwurf des Provinzialismus gemacht. Angesichts einer zunehmend zu beobachtenden Immobilität von Studenten und Professoren sei das Re-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

gionalisierungskonzept für die Hochschulen geradezu töricht gewesen. Es verführe dazu, daß zu Beginn der akademischen Ausbildung - zu einem Zeitpunkt, da die sozialen Bindungen und familiären Verpflichtungen noch am ehesten einen Ortswechsel zuließen - bereits ein Verbleib in der Heimatregion als selbstverständlich angesehen werde. Zudem wurde die mitunter allzu heimatgebundene Lehre und Forschung an den Neugründungen belächelt. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit diese Kritik berechtigt war und ist. Ich halte es für durchaus berechtigt, daß sich die Forschung an den Hochschulen auch in besonderem Maße den Problemen der Region widmet - aber eingebettet in eine Grundlagenforschung, die sich dem allgemeinen Ziel der Erkenntnis- und Wahrheitsfindung verpflichtet weiß. Wenn Elektronik nur im Verwertungsinteresse des Ruhrgebietes betrieben würde, Raumforschung sich auf die Spezifika des Siegerlandes oder des Zonen-Randgebietes beschränkte und die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitern nur soweit Gegenstand wissenschaftlicher Neugier wären, als die Arbeiter den Schwalm-Eder-Kreis bewohnen, dann wäre dies - trotz aller notwendigen Dienstleistungsfunktion der Hochschulen auch für die Region - kein gutes Muster, ein zu kurzfristiges Modell.

Die Entwicklung seit 1980

Die Diskussion um die Entlastungsfunktion der neuen Hochschulen ist in den letzten Jahren merklich verstummt. Das verwundert nicht. Die Entwicklung im gesamten Hochschulwesen in der Bundesrepublik verlief aufgrund rasch steigender Studentenzahlen so rasant und veränderte auch die Lage an den neuen Hochschulen so nachhaltig, daß heute nur noch bedingt die 79er Zahlen des Wissenschaftsrates zur Verdeutlichung der Belastungsunterschiede herangezogen werden können. Der steile Anstieg der Studenten- und Studienanfängerzahlen seit 1980, als erstmals mehr als eine Million Studenten immatrikuliert waren, steigerte die Belegungsquoten an den Universitäten bis 1982 auf 151 Prozent, an den Neugründungen auf 130 Prozent. Die Schere zwischen Alt- und Neugründungen hat sich also ein Stück geschlossen.

Ein Viertel der Studenten studieren an neuen Hochschulen. Es ist zum einen sicherlich auf die gestiegene Nachfrage nach Studienplätzen zurückzuführen, daß die Studenten angesichts knapper werdender Studienmöglichkeiten und zunehmender Zulassungsbeschränkungen eher an eine Neugründung gehen; es hängt aber wohl auch mit dem kontinuierlich wachsenden Bekanntheitsgrad und der Etablierung der Neugründungen zusammen.

Dies gilt sicherlich nicht für alle Einrichtungen gleichermaßen. Einige neue Hochschulen sind recht spät und auf ziemlich schmaler Basis konzipiert worden, ihnen fehlt zum Teil auch ein ausreichendes regionales Polster. Es wird sich in der Zukunft erweisen müssen, ob diese Hochschulen im Wettstreit um Studenten, Mittel und wissenschaftliche Anerkennung ihre Existenzberechtigung langfristig unter Beweis stellen können. Die Mehrzahl der neuen Hochschulen aber - und dazu gehört mit Sicherheit auch die Universität Oldenburg - hat sich etabliert, profiliert und einen festen Studentenstamm erwerben können. Insgesamt ist dies, so meine ich, eine befriedigende Bilanz.

Perspektiven

Die deutsche Hochschullandschaft wird in den nächsten Jahren auf die neuen Hochschulen angewiesen sein. Die Studentenzahlen nähern sich der Grenze von 1,3 Millionen, die Kultusministerkonferenz erwartet bis zum Ende der 80er Jahre einen weite-

ren Anstieg bis auf 1,6 Millionen. Für die neunziger Jahre wird mit einem Rückgang dieser Zahlen zu rechnen sein. Er wird aber - und dies belegen die Prognosen der KMK von Jahr zu Jahr deutlicher - wesentlich leichter und kürzer ausfallen als ursprünglich angenommen. Erst im Laufe der 90er Jahre werden wir auf die Studentenzahl Anfang der 80er Jahre zurückfallen und da standen bekanntlich auch keine Hochschulen leer.

Mehr noch: wenn sich die Finanzminister mit dem durchsetzen, was sie jüngst dem Ministerpräsidenten der Länder vorgeschlagen haben, dann wird auch für die ganzen 90er Jahre die Überlast zum Normalzustand werden. Diese Forderungen gipfeln in der Ungeheuerlichkeit - ich kann es nicht schöner nennen - die prognostizierten 200.000 bis 300.000 zusätzlichen Studenten kostenneutral, d.h. ohne einen Pfennig zusätzlichen Geldes an den Hochschulen unterzubringen, von auszubilden will ich in diesem Zusammenhang gar nicht erst reden. Bei alledem soll dann auch noch - und zwar ganz kurzfristig - eine Umlenkung der Studenten aus den preisgünstigen Kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern in die zukunftssträchtigen aber kostenintensiven technisch-naturwissenschaftlichen Bereiche erfolgen. Jeder Kenner weiß, daß das nicht geht. Ich bin inzwischen nicht mehr gulläufig genug, dahinter allein die Finanzknappheit der öffentlichen Hände als tragendes Motiv zu vermuten oder zu akzeptieren. In Wirklichkeit geht es um politische Prioritätsentscheidungen, bei denen die Hochschulen, zumindest was ihre Ausbildungsfunktion betrifft, offenbar an das Ende der Vorrangskala gerückt sind. Wie anders wäre es zu erklären, daß die Länder seit dem Auslaufen des Graduiertenförderungsgesetzes 1981 noch bis ca. 1987/88 brauchen werden, um die gerade 30 Mio DM für 2.000 Promotionsstipendien aufzubringen, während andererseits über 20 Mrd. DM Steuersenkungen und ca. drei Mrd. neue Landwirtschaftssubventionen beraten und entschieden wird.

Nein, in Wirklichkeit geht es wohl um eine ordnungspolitische Entscheidung, nämlich darum, daß man die Offenhaltung der Hochschulen und das weitere Ansteigen der Studentenzahlen gar nicht will. Es gibt für diese Haltung, die ich allerdings nicht teile, durchaus respektable Gründe. Aber dann soll dies auch erklärt und verantwortlich entschieden werden - mit allen Konsequenzen, die daraus folgen. Was aber nicht akzeptiert werden kann, das ist: daß man die eigentlich gar nicht gewollten zusätzlichen Studenten zwar in die Hochschulen läßt, ja, durch sogenannte effizienzsteigernde Maßnahmen geradezu hineindrückt, sie aber dann dadurch bestraft, daß man die notwendigen Mittel für eine anständige Ausbildung verweigert. Dann nämlich tritt wie bei einer selffull-filling prophecy mit Sicherheit die befürchtete Fehlqualifizierung und akademische Massenarbeitslosigkeit ein und die Hochschulen und Kultusminister werden sich auf der Anklagebank vorwerfen lassen müssen, man habe ja schon damals eindringlich vor weiterem Anstieg der Studentenzahlen gewarnt. Ob gewollt oder ungewollt - eine solche Politik könnte ich nicht anders als "Chaos-Strategie" bezeichnen. Mit Befriedigung habe ich bei einem kürzlichen Gespräch mit der Kultusministerkonferenz festgestellt, daß Hochschulen und Wissenschaftsmis-
ter sich in diesem Punkte einig sind - wenngleich sich die letzteren als Kabinettskollegen natürlich sehr viel diplomatischer ausdrücken mögen. Einig sind wir uns auch darin, daß jetzt klare politische Grundsatzentscheidungen notwendig sind. Das ist Sache der Regierungschefs. Sie sind seit ihrem Öffnungsbeschuß von 1977 im Wort. Spätestens im Herbst dieses Jahres müssen sie, nach mehrmaligen Schiebeverfügungen, endgültig entscheiden, wohin die Reise gehen soll. Ihre Rede sei ja, ja und

nein, nein - alles dazwischen ist vom Übel.

Die anstehenden Entscheidungen sind umso grundsätzlicher, als es nicht nur um die 80er, sondern auch um die 90er Jahre geht, die Finanzminister fordern nämlich weiter, die Zielzahl von 850.000 Studienplätzen - ein Eckstein der bisherigen Ausbaupolitik - aufzugeben und in den 90er Jahren die Kapazitäten so zu reduzieren, daß dann auch weiterhin unter Höchstlastbedingungen nach gegenwärtiger oder gar noch verschlechterter ("effizienter") Kapazitätsverordnung gearbeitet werden muß. Was - in der Terminologie des Bundesverfassungsgerichtes - ein „Notzuschlag auf Zeit“ sein sollte, soll den Hochschulen nun als Dauerbelastung auferlegt werden. Das werden wir, das können wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Vor allem können wir nicht widerspruchslos die eklatante Widersprüchlichkeit akzeptieren, daß man einerseits von uns mehr Spitzenleistungen in der Forschung und Elitebildung verlangt und im gleichen Atemzug die Rahmenbedingungen verschlechtert, unter denen sich Forschung und Lehre vollziehen.

Eine solche widersprüchliche Politik trifft alte und neue Hochschulen gleichermaßen. Hier müssen wir, wie unterschiedlich auch sonst die Interessenlage sein mag, zusammenstehen, wie ich hoffe, im Schulterschluss auch mit den Kultusministern. Denn jetzt geht es längst nicht mehr um die Blüthenräume von gestern, sondern darum, schwere Schäden auf Dauer von den Hochschulen abzuwehren. Dazu müssen wir vor allem die offenbar stark erschütterte Überzeugung wieder neu begründen, daß die Hochschulen in Forschung, Lehre und Dienstleistungen Leistungen erbringen, auf die unsere exportorientierte Wirtschaft und eine hochkomplexe postindustrielle Gesellschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert so dringend angewiesen sind.

Wie auch immer die politischen Grundsatzentscheidungen fallen, der Wettbewerb zwischen den Hochschulen wird zunehmen. Das sollten wir hier keineswegs beklagen, solange nur dieser Wettbewerb nach vernünftigen, wissenschaftsadäquaten Regeln und Maßstäben verläuft und möglichst frei bleibt von wettbewerbsverzerrenden Interventionen des Staates. Wir haben zu diesem Thema ja vor einigen Wochen nicht weit von hier in der Landeshauptstadt Hannover - mit gastfreundlicher Unterstützung durch Sie, sehr geehrter Herr Minister Cassens - die Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz abgehalten. Dabei kam die spezifische Situation der neuen Hochschulen nicht explizit zur Sprache. Mit gutem Recht, denn prinzipiell gelten für alle Hochschulen die gleichen Gebote: Pflege und Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität, Schwerpunktbildung und Profilierung, vor allem aber eine gezielte Berufungspolitik, die ausgewählt gute Leute an die neue Hochschule bindet, die die Hochschule an ihrem eigenen Renommee teilhaben lassen und die Schwerpunkte der jungen Hochschule in Forschung und Lehre unterstreicht. Wenn die neuen Hochschulen dies beherzigen, braucht ihnen um ihre Zukunft nicht bange zu sein. Sie sollten allerdings wissen, daß über diese Zukunft nicht erst in den 90er Jahren entschieden, sondern, kaum überspitzt formuliert, in diesen Tagen vorentschieden wird.

Ich denke, die Universität Oldenburg ist für diese Zukunft gut gerüstet. Nachdem sie im Jahre 1974 den Studienbetrieb mit knapp 3.000 Studenten aufnahm, zählt sie heute, nach einem Ende der 70er Jahre durch den Rückgang des Lehramtsstudiums bedingten leichten Rückschlag, über 7.500 Studenten. Der Wissenschaftsrat bescheinigte ihr bereits vor fünf Jahren eine Auslastung von ca. 150 Prozent. Die Universität Oldenburg, die wie viele andere Neugründungen aus einer pädagogischen Hochschule hervorgegangen ist und zunächst

stark auf Lehramtsstudiengänge fixiert war, hat die strukturellen Veränderungen der letzten Jahre gut überstanden und nimmt jährlich über 1.000 Studienanfänger auf. Auch um die Rentabilität der Neubauten braucht uns nicht bange zu sein; die Naturwissenschaften gehören an dieser Hochschule seit Jahren zum festen Programm, sie werden jetzt nur in den richtigen Rahmen gesetzt. Peisert hat in seinen Untersuchungen festgestellt, daß die Universität Oldenburg zu den Neugründungen mit den größten Standortvorteilen gehört. Sie ist in einem Gebiet placiert, das an „weiße Flecken“ auf der

Hochschullandkarte angrenzt, also an Gebiete, die noch über keine Hochschule verfügen. So ist es ihr in den ersten Jahren ihres Bestehens gelungen, zur dominierenden Hochschule einer Großregion zu werden. Ich denke, dies sind gute Voraussetzungen für die Zukunft. Mit dem heutigen Tag haben sich diese Voraussetzungen noch weiter verbessert. Nutzen Sie Ihre Chancen, wuchern Sie mit Ihren Pfunden!

* Professor Dr. Berchem ist Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Gremienterminplan für das WS 84/85

17.10.84	Senat	20.2.85	Senatskommissionen
24.10.84	FBR	27.2.85	Senat
31.10.84	HPK/ZSK	6.3.85	FBR
7.11.84	Senatskommissionen	13.3.85	HPK/ZSK
14.11.84	Senat	20.3.85	Senatskommissionen
28.11.84	FBR	27.3.85	Senat
5.12.84	HPK/ZSK		
12.12.84	Senatskommissionen		
19.12.84	Senat		
9.1.85	FBR		
16.1.85	HPK/ZSK		
23.1.85	Senatskommissionen/ Konzil		
30.1.85	Senat		
6.2.85	FBR		
13.2.85	HPK/ZSK		

Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen der Zentralen Gremien am Vormittag um 9.00 Uhr.

HPK = Haushalts- und Planungskommission
ZSK = Zentrale Studienkommission
FBR = Fachbereichsräte

Integriertes Auslandsstudium

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) führt im Jahr 1985/86 sein Programm des „Integrierten Auslandsstudiums“ - voraussichtlich in erweitertem Umfang - weiter. Im Rahmen dieses Programms werden deutsche Studierende gefördert, die einen Teil ihres Hauptstudiums an einer ausländischen Hochschule absolvieren. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende Absprache auf Fachbereichsebene mit der ausländischen Partnerhochschule, in der die Modalitäten des Austausches geregelt werden. Zielländer sind neben den europäischen Ländern die USA und Kanada. Förderungsfähige Fachrichtungen sind in erster Linie die Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Der Vorteil dieser Förderung liegt darin, daß die Hochschulen selbst Mittel für bestimmte Programme einwerben und diese dann hochschulintern als Stipendien für interessierte Studierende ausschreiben und auch selbst die Auswahl vornehmen. Anträge können formlos mit einer detaillierten Programmbeschreibung bis zum 15. November 1984 von den Hochschulen beim DAAD gestellt werden. Zur Vorbereitung eines Programms kann der DAAD dem Programmbeauftragten eine Reise an die Partnerhochschule bewilligen; Anträge hierfür können jederzeit, spätestens jedoch vier Wochen vor dem geplanten Reiseterrain beim DAAD gestellt werden. Weitere Auskünfte erteilt das aka, Raum A 202/301, Programmbeschreibungen sind beim aka erhältlich oder in den Fachbereichsgeschäftsstellen einzusehen.

Mittelbau aktiv

Über die gemeinschaftliche Abwehr von Dequalifizierungsstrategien der Landesregierung und ihrer Ratgeber sowie die Verbesserung ihrer lokalen Interessenvertretung beriet das Landestreffen der Akademischen Räte und anderer Wissenschaftlicher Mitarbeiter („Landesverband Niedersachsen der Akademischen Räte und Studienräte im Hochschuldienst“) in der Hochschule Lüneburg. Die Konferenz einigte sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen dequalifizierende Abstriche beim Prüfungsrecht der Räte und anderer Wissenschaftlicher Mitarbeiter vor allem bei den Lehramtsprüfungen. In Zukunft sollen dazu Nachrichten schneller ausgetauscht, über Modelle und Möglichkeiten der Mitsprache und ihrer Verteidigung an einzelnen Hochschulen

rascher informiert werden. Besondere Beachtung fand der Hinweis auf die schlechte Position des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst bei den zahlreichen Prozessen um die „Überleitung“ von Räten, da falsche Daten bei der Bedarfsfeststellung verwendet worden seien.

Über die Belange des Mittelbaus, die auf weiten Strecken mit denen der Hochschulen selbst identisch sein können, werden Parlament, Öffentlichkeit und Hochschulbürokratie künftig besser, häufiger und intensiver zu hören bekommen.

An der Tagung in Lüneburg nahmen die Oldenburger Ratsprecher Barth, Meyenberg, Moldenhauer und Schmeireim teil.

ELAB in 6 Bänden

Wolfgang Fichten, Detlef Spindler, Ulrich Steinbrink (Hrsg.)
Dokumente zur Einphasigen Lehrerbildung

- Band 1 Das Reformmodell in der Planung 1970 - 1974
DIN A 5, 440 Seiten, 11,- DM
- Band 2 Das Reformmodell in der bildungspolitischen Auseinandersetzung 1974 - 1980
DIN A 5, 640 Seiten, 15,- DM
- Band 3 Das Reformmodell in der Umsetzung 1974 - 1980
DIN A 5, 672 Seiten, 15,- DM
- Band 4 Theorie und Praxis
DIN A 5, 400 Seiten, 10,- DM
- Band 5 Wissenschaft und Unterricht
DIN A 5, 420 Seiten, 10,- DM
- Band 6 Universität und Schule
DIN A 5, 674 Seiten, 13,- DM

Alle 6 Bände der Dokumentation sind zur Zeit zu einem Studentensonderpreis von 60,- DM zu beziehen.

P. Döbrich, Ch. Kodron, W. Mitter
Einphasige Lehrerbildung in Oldenburg (Gutachten I)
DIN A 5, 212 Seiten, 7,- DM

K. Ewert, C.-L. Furck, W. Ohaus
Gutachten über den Modellversuch „Einphasige Lehrerbildung an der Universität Oldenburg“ und Vorschläge für die zweiphasige Lehrerbildung (Gutachten II)
DIN A 5, 304 Seiten, 7,- DM

Universität bestürzt über ELAB-Urteil

Die Entscheidung des Bundessozialgerichts, daß Absolventen der Oldenburger einphasigen Lehrerausbildung keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, ist in der Universität mit großer Bestürzung aufgenommen worden. Das letztinstanzliche Urteil beinhaltet eine deutliche Unterscheidung zwischen Absolventen der einphasigen und zweiphasigen Lehrerausbildung, wobei die in Ol-

denburg ausgebildeten Lehrer deutlich schlechter gestellt sind. Die Folge dieses Urteils bedeutet für viele Arbeitslose Lehrer eine ausgewogene soziale Notlage. Dazu Christian Gorgon, Vorsitzender des ELAB-Personalrates: „Dieses Urteil ist auch deshalb besonders gravierend, weil viele Absolventen mit 40.000 DM Schulden aus ihrer Ausbildungsförderung den Weg zum Sozialamt antreten müssen.“

Der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, erklärte, daß durch den Gerichtsspruch Land und Bund keineswegs aus ihrer politischen Verantwortung entlassen seien. Die einphasige Lehrerausbildung war ein Modellversuch des Landes mit der Zielsetzung, die theoretische und praktische Lehrerausbildung besser miteinander zu verbinden. Die Gleichwertigkeit mit der herkömmlichen Ausbildung sei Voraussetzung für den Versuch gewesen. Der Gesetzgeber habe hier die Aufgaben der gesetzlichen Regelung nicht befriedigend erfüllt. Wenn die Rechtslage die Ungleichbehandlung von einphasig und zweiphasig ausgebildeten Lehrern beim Bezug von Arbeitslosenhilfe gebiete, dann sei es die Pflicht der Abgeordneten, die Gesetze gerechter zu gestalten.

Besonders betroffen erklärte sich der Präsident darüber, daß nun das Arbeitsamt gehalten sei, bereits geleistete Zahlungen zurückzufordern. Es dürfte doch allen bekannt sein, daß bei den Betroffenen nichts zu holen ist. Zu hoffen sei, daß das Arbeitsamt den Stundungsanträgen der Absolventen im weitestmöglichen Umfang stattgeben werde.

Der Präsident versicherte den Betroffenen, daß er sie weiterhin bei der Vertretung ihrer sozialen Interessen unterstützen werde. Vor allem aber seien jetzt die Abgeordneten aufgerufen, die unverständliche und unsinnige soziale Benachteiligung der Absolventen der einphasigen Lehrerausbildung zu beseitigen.

Neue Veröffentlichungen

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) hat drei Bücher veröffentlicht, die sich mit unterrichtspraktischen Problemen verschiedener Fächer und Schularten befassen. Eine weitere Veröffentlichung, für die die Professoren Friedrich W. Busch, Fachbereich I „Pädagogik“, und Kaj Spelling, Kopenhagen, als Herausgeber verantwortlich zeichnen, dokumentiert unter dem Titel „Schulleben heute“ die Materialien der 8. Konferenz der Vereinigung für Lehrerbildung in Europa“, die Ende 1983 in Aalborg stattfand.

Ein Gesamtkatalog der ZpB-Veröffentlichungen ist im ZpB unter dem Titel „ELABorate 3“ zu erhalten.

Der Reader „Frieden - eine Utopie? Anregungen zum Deutschunterricht“ ging aus der Arbeit des Projektes „Kultur und Frieden“ hervor. Er enthält sowohl detaillierte didaktisch-methodische Ausführungen und Sachanalysen als auch zahlreiche Texte vom 15. bis 18. Jahrhundert, die sich zur Verwendung für den Unterricht eignen. Der Band hat 198 Seiten und kostet beim ZpB zehn Mark.

Eine Sammlung „Rezepte im Schulpraktikum“ aus den Niederlanden und der Bundesrepublik haben Matthias Mitzschke, Johannes Rijpke-

Darlehnssteilerlaß wird abgelehnt

Der nach Einschätzung des Universitätspräsidenten „von den Studenten in vielleicht notwendiger Übertreibung 'Notenterror' genannt“ Darlehnssteilerlaß der Bundesregierung für die BAföG-Empfänger wird in der Universität einhellig abgelehnt. 25 Prozent des Darlehns sollen danach den Studenten erlassen werden, die die besten Noten haben. Die Größe dieser Gruppe wurde mit 30 Prozent aller Absolventen festgelegt.

Bei nur einer Enthaltung fordert ein Konzilsbeschuß „die Wiedereinführung der Ausbildungsförderung ohne bzw. mit einem geringen Darlehnsanteil“. Der Präsident nannte die Berechnung des Notendurchschnitts bis auf die zweite Stelle hinter dem Komma einen „schrecklichen Unsinn“, der unter anderem eine „wahrhaft furchtbare Bürokratie“ erahnen lasse.

Für den AStA ist der Erlaß ein neuer Versuch, durch Konkurrenzdruck die Studenten zu „opportunistischen Untertanen mit Fachidiotenwissen“ auszubilden. Er ruft deshalb zum Boykott des Erlasses auf.

„Wir machen Musik...“

Professor Dr. Wolfgang Martin Stroh und die Fachschaft Musik haben gemeinsam eine umfangreiche Broschüre herausgegeben, die sich mit der Musikausbildung an der Universität Oldenburg befaßt. Der Öffentlichkeit soll damit ein lebendiger Eindruck vom Innenleben des Faches Musik, seinen Reizen und Problemen vermittelt werden, „die exemplarisch sind für eine in Bewegung geratene Diskussion über Sinn und Zweck von Musikausbildung in einer Welt voller Technik, Pop und Null-Bock.“ Die 90 Seiten starke (Format 26 x 21 cm), reich illustrierte Broschüre mit dem Titel „Wir machen Musik...“ kostet acht Mark und ist beim ZpB und bei der Fachschaft Musik erhältlich.

ma, Tjitte Wierdsma, alle Leeuwarden, und Klaus Winter, Fachbereich I „Pädagogik“ der Universität Oldenburg, herausgegeben. Der Band des ZpB enthält eine Beschreibung des deutsch-niederländischen Projektes, eine Sammlung der Rezepte aus der Bundesrepublik und den Niederlanden, eine Systematik zu ihrer Erschließung sowie - kritische - Stellungnahmen zur Rezeptvermittlung und -anwendung. Der Band (155 Seiten) kostet beim ZpB sieben Mark.

„Problemlösender Unterricht II. Ansätze und Fragestellungen“, herausgegeben von Otto Lange und Sybilla Löhnert, ist ebenfalls bei ZpB erschienen. Er ist die Fortsetzung zu der Sammlung „Problemlösender Unterricht und selbstständiges Arbeiten von Schülern“ aus dem Jahr 1982 und dokumentiert die Beiträge einer Konferenz vom Juni und Oktober 1983, die in Kooperation mit der Rijksuniversiteit Groningen durchgeführt wurde.

Bildungspolitische, didaktische und organisatorische Fragestellungen werden ebenso erörtert wie Problemlösungsansätze in verschiedenen Schulstufen, Schularten und Schulfächern.

Der Band hat 384 Seiten, er kostet beim ZpB acht Mark.

Shakespeare in Wechloy



Am Sonntag, dem 24. Juni, zeigte das Renaissance-Projekt der Universität Oldenburg eine eigene Bearbeitung von Shakespeares Sommernachts Traum im Foyer der naturwissenschaftlichen Neubauten in Wechloy. Unter der Regie des Chefdisponenten des Oldenburger Staatstheaters haben Lehrende und Studierende versucht, mit selbstgefertigten Kostümen und in der Sprache Shakespeares ein wenig von der Vielfalt dieser Zeit zu vermitteln. Dabei wurde von Anfang an der mögliche Fehler vermieden, durch eine allzu ernsthafte Darstellung eine aussichtslose Konkurrenz zu einer professionellen Bühne aufkommen zu lassen. So wurde versucht, das Komödiantische an diesem Shakespearestück durch eine bewußt gebrochene Sprechweise herauszuheben. Die Beteiligten hatten nicht die Absicht, ihre Bühnen-

tauglichkeit unter Beweis zu stellen, sondern wollten vielmehr ihre Freude an der Beschäftigung mit diesem Stoff zum Ausdruck bringen.

Der ungeteilte lang anhaltende Beifall am Ende der Vorstellung machte deutlich, daß auch das Publikum diese Freude teilen konnte.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Darbietungen des Universitätschors, der eindrucksvoll die musikalische Vielfalt der Shakespearezeit unterstrich.

Das Renaissance-Projekt hatte im Rahmen des Studium generale vor drei Semestern begonnen, sich eine der interessantesten Epochen europäischer Kulturgeschichte durch sinnlich konkrete Arbeit zu erschließen. Nicht trockene theoretische Analysen sollten die Arbeit im Projekt bestimmen, vielmehr sollte die praktische Auseinandersetzung mit der Zeit im Vordergrund stehen. In der „Renaissance-Werkstatt“ wurden von den Teilnehmern z.B. Rekonstruktionen von Leonardos Maschinen erstellt, Modelle von Schiffen angefertigt, Renaissance-Lieder nachgespielt und es wurde sogar versucht, nach Originalrezepten der ersten gedruckten Kochbücher den „Geschmack der Zeit“ auf die Spur zu kommen. Natürlich war ein ausge-dehntes Quellenstudium Grundlage dieser Arbeit, die ergänzt wurde durch zahlreiche Exkursionen. Die jetzige Aufführung war der Abschluß der praktischen Arbeit des Projektes, das im Wintersemester 1984 mit einer Ringvorlesung beendet werden wird.

Historische englische Kinderbücher

Ausstellung in der Bibliothek der Universität



„Moral und Phantasie“ präsentiert jetzt in Originalausgaben eine 200jährige Tradition englischer Kinderbücher. Sie reicht von den frühen, der religiösen Erbauung dienenden, über die moralisierend-belehrenden der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zu den Abenteuer-, Phantasie- und Nonsens-Büchern des 19. Jahrhunderts, durch die eine Dittie...erung der bis dahin relativ einheitlichen und geschlossenen Kinderbuchliteratur in verschiedene Gattungen eingeleitet wurde. Verfolgen lassen sich auch die technischen und stilistischen Entwicklungsstufen der Buchillustration: Holzschnitt, Kupferstich, Handkoloration und Farbdruck. In der Ausstellung sind beinahe alle wichtigen Autoren und Illustratoren

Anzeige

Jürgen Luthje (Hg.)

UNIVERSITÄT
OLDENBURG

Entwicklung und Profil

Schriftenreihe der
Universität Oldenburg

Zu beziehen über das BIS DM 15,- oder im Buchhandel DM 20,-.

vertreten, u.a. Lewis Carrolls „Alice's Adventures in Wonderland“ (1866) und Edward Lears „A Book of Nonsense“ in einer Ausgabe von 1870 sowie Illustrationen und Bilderbücher von Georg Cruikshank und Kate Greenaway.

Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9.00 bis 21.00 Uhr geöffnet.



„Der Krieg“ gestohlen

Am Donnerstag, dem 14. Juni, vermutlich zwischen 17.00 und 21.00 Uhr, wurde die Plastik „Der Krieg“ von der Ebene 3 der Bibliothek gestohlen. Dies ist ein weiteres Beispiel für Tendenzen der Vandalisierung an unserer Universität. Nicht genug, daß durch die ständige Entwendung von Gemeineigentum aus der Bibliothek und anderer universitärer Einrichtungen das Studium behindert wird (zu den sowieso schon bestehenden staatlichen Hürden), es wird sich auch an den persönlichen Sachen der Studenten vergreifen. Dies ist besonders dann erschütternd, wenn es sich um Dinge handelt, die in wochenlanger Arbeit selbst hergestellt wurden. Solch ein Akt aggressiver Mißachtung jeder Form von Eigentum, der sich in der begrenzten Optik gründet, daß alles austauschbare und kommerzialisierbare Ware sei, übersteigt die Grenze des Tolerierbaren.

Vor allem ist zu bedenken, daß durch den Egoismus von wenigen, die Freiheitsmöglichkeiten der Mehrheit (z.B. durch verschärfte Kontrollsysteme etc.) immer weiter eingeschränkt werden. Mit der Figur starb auch die Idee, daß in dreiwöchigem Wechsel andere Studenten des Faches Kunst ihre Bildhauerarbeiten in der Bibliothek ausstellen. Da die Arbeiten nicht versichert sind, scheint es unter solchen Umständen zu riskant, weitere Arbeiten dort zu veröffentlichen. Sicher ein Verlust für die visuell Interessierten.

Zum Schluß noch folgendes: Da Appelle an den Täter meist nichts nützen (vielleicht ja doch?), möchte ich diejenigen bitten, die am Donnerstag, dem 14.6., jemanden mit der Figur spazierengehen gesehen haben, dem Bibliothekspersonal nähere Informationen zu geben.

Torsten Kaufmann



WOLTJE-SERVICE

woltje
OLDENBURG

Heiligengrabenstr. 6, Achternstr. 34, Tel. 40404

Diafilm-Schnell-Entwicklung

Ihr KODAK-EKTACHROME-Film bis heute 18.15 Uhr gebracht, schon morgen ab 17 Uhr, abholbereit, sogar mit Rahmung. Gilt für Annahme von Montag bis Donnerstag. So vermeiden Sie lange Versand-Entwicklungszeiten und das Postverlust-Risiko.

WOLTJE: Kauf ohne Risiko... Kauf zu WOLTJE-Tiefpreisen...

Große Bilder - kleine Preise!

13x18 Farbbild nur 89 (vom Dia 1.29)

50x70 nur 18.95 (vom Dia 19.95)

Stärkere Kontrolle in der Bibliothek

Der Aufmerksamkeit eines ehemaligen Zollbeamten, der kürzlich die Überwachung am Bibliotheksausgang übernommen hat, ist es zu danken, daß innerhalb von 14 Tagen zwölf Personen gestellt wurden, die unberechtigt Bücher aus der Bibliothek mitnehmen wollten. Wie der Direktor der Bibliothek, Hermann Havekost, dazu erklärte, habe nicht in jedem Fall sicher der Nachweis erbracht werden können, daß es sich um bewußten Diebstahl handle. In jedem Fall würden aber die Personalien aufgenommen und, wenn sich eine Anzeige nicht aufdränge, über bestimmte Zeiträume Hausverbot für die Bibliothek verhängt. Die bisher durch das Bibliothekspersonal äußerst lax geführten Kontrollen am Ausgang der Bibliothek hatten in den letzten Jahren immer wieder zu heftiger Kritik geführt (s. auch „Der Krieg gestohlen“).

Leserbrief

Im Uni-Info 7 + 8/84 wird behauptet, der Anti-ASTa sei ohne Gegenstimmen gewählt worden. Das ist falsch. Gerade bei der Wahl der Referenten demonstrierte der SHB und auch der MSB mit seinen Gegenstimmen die Ablehnung einer Minderheitsstabilisierung (Anti 23 von 50 Stimmen). Angesichts der massiven Angriffe auf die Hochschulen, die die elementaren Interessen aller Studierenden berühren, sollte die Politik des ASTa sich auf eine Mehrheit im Studentenparlament stützen können. Die jetzige Konstellation bringt ausgerechnet die CDU-Jugend, den RCDS, in die Rolle des Züngleins an der Waage. Doch für die Gruppe Anti scheint der Gegner ein anderer zu sein. So wird sie nicht müde, die angebliche Stellvertreterpolitik des letzten Koalitionsastas zu beklagen, diese sei entpolitisierend und basisfern gewesen. Der Gehalt solcher schlagwortträgigen Aussagen läßt sich am besten mit Hilfe der kritisierten Politik selbst ausmachen: War die Friedensvollversammlung im letzten Herbst nicht bis auf den letzten Platz gefüllt? Gab es danach nicht eine vom ASTa mitorganisierte Menschenkette von 5000 Personen? Dies ist sicherlich ein Beispiel dafür, daß der vorige ASTa Möglichkeiten organisierte, massiven studentischen Protest zu äußern, und dazu beitrug, die politische Handlungsbereitschaft der Studentenschaft voranzutreiben.

Pia Kreye
für den SHB

Auflösung der Baukommission

Auf seiner Sitzung am 6. Juni hat der Senat beschlossen, die Baukommission aufzulösen. Mit Beendigung der großen Bauaufgaben sei eine spezielle Kommission nicht mehr zweckmäßig. Die Fragen der angemessenen Nutzung des Flächenbestandes können von den Belegungsbeauftragten bearbeitet werden. Entscheidungen über Baumittel und Entwicklungsplanungen lägen sowieso in der Zuständigkeit der Haushalts- und Planungskommission.

Anmeldung zur Konferenz der ATEE

Vom 3. bis 7. September findet in Linz die 9. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe (ATEE) statt, deren Mitglied die Universität Oldenburg ist. Thema dieser Konferenz: „Lehrerbildung für die Schulreform“. Anmeldungen über Professor Dr. Friedrich W. Busch (Fachbereich 1).

Literaturhinweise aus der Bibliothek

Auf der Zeitzugenebene der Universitätsbibliothek werden vom Fachreferat Germanistik/Allgemeine Literaturwissenschaft im monatlichen Wechsel Literaturhinweise gegeben. Nach einem Kurzportrait des Autors Eckhard Henschel, das noch bis Ende Juni zu lesen und zu sehen sein wird, soll im Juli der Maler, Cartoonist, Satiriker, Lyriker und Prosaschriftsteller Robert Gernhardt vorgestellt werden.

Neue Abrechnungen für Diplom-Prüfer

Nach einer Mitteilung des Dezernates 3 wurde der Abrechnungszeitraum für die Prüfungsvergütungen in den Diplomstudiengängen aus haushaltstechnischen Gründen geändert. Die derzeitige Zeitspanne endet vorzeitig zum 31. Juli 1984, die folgende dann wieder im Jahresrhythmus zum 31. Juli 1985. In Zukunft muß der Rücklauf der Bestätigungen über die vom Prüfungsamt ermittelte Anzahl der Prüfungen von den Prüfern jeweils bis zum 30. September erfolgen.

Erfassung des Bilderbestandes

Vor Jahren hatte die Universität aus Sondermitteln „Kunst am Bau“ eine Anzahl von Bildern gekauft. Die Be-

standsliste ist heute - unter anderem wegen einer Vielzahl von Umzügen - nicht mehr voll nachvollziehbar. Das Dezernat 1 bittet deshalb um eine Mitteilung, ob in den Dienstzimmern Bilder hängen, die nicht den Angehörigen der Universität privat gehören. Die „Dienstbilder“ sollen mit Inventarnummer und Motivangabe bei Manfred Nordbruch in der Zentralen Beschaffungsstelle gemeldet werden.

Vorträge im Juli

Folgende Vorträge werden in der Universität zum Semesterende im Juli angeboten:

16. Juli: Professor Dr. W. Merzkirch, Universität Bochum: „Speckle-Fotographie von kompressiven Strömungsfeldern“ (W. 3 1-156, 16 Uhr c.t.);

Professor Dr. Willi Küpper: „Innovationsstrategien der Bürokommunikation“ (AVZ 4-451, 16.00 Uhr)

17. Juli: Diskussionsveranstaltung des Forums „Physik und Rüstung“ zum Thema „Aussteigen? Sabotieren? Verweigern? 'Alternativ' forschen? - Konsequenzen für den praktischen Wissenschaftsbetrieb“ (Vortragssaal der Bibliothek, 18.00 Uhr); Professor Dr. Ulrich Sonnemann: „Metaphysische Bestürzung und stürzende Metaphysik“ (Vortragssaal der Bibliothek, 20.00 Uhr)

18. Juli: Professor Dr. Joachim Dyck, Vortrag über die Antologie deutscher Melancholie-Gedichte, hg. v. Ludwig Volker: „Komm, heilige Melancholie“ (Vortragssaal der Bibliothek, 20.15 Uhr).

Schreibwaren für Kurdistan

Das Oldenburger Komitee des World University Service (WUS) veranstaltet eine Aktion zur Sammlung von Schreibwaren für die Unterstützung der Alphabetisierungskampagne im iranischen Kurdistan. Gesammelt werden vor allem: Bleistifte, Kugelschreiber, Kugelschreiberminen, Hefte, Papier, Farbstifte, Radiergummis, Lineale, Kreide etc.. Diese Materialien können täglich im Raum der Hochschulgruppe ausländischer Studenten (HgaS) abgegeben werden.

Vertretung des Dekans

Die Vertretung des Dekans im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“ wird vom 25. Juli bis 31. August durch die Professoren Calbert (25. Juli bis 5. August), Rohde (6. bis 24. August) und Günther (25. bis 31. August) wahrgenommen.

Über feministische Wissenschaftskritik

Professor Dr. Erika Hickel (MdB) hält am Mittwoch, 18. Juli, 16.00 Uhr, im Vortragssaal der Universitätsbibliothek im neuen Zentralbereich am Uhlhornsweg einen Vortrag zu der Frage „Gibt es eine feministische Wissenschaftskritik?“ Zu der Veranstaltung lädt das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung ein. Erika Hickel hat seit 1978 eine Professur für Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig inne.

Bbeauftragter für Auslandsbeziehungen

Professor Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaften 1, wurde zum Beauftragten für die Auslandsbeziehungen der Universität bestellt. Busch möchte die Zusammenarbeit mit der Universität Torun in seiner neuen Tätigkeit besonders berücksichtigen.

Einführungsseminar für Sehgeschädigte

Der deutsche Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS) plant, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk, für das Wintersemester 1984/85 ein einwöchiges Einführungsseminar für sehgeschädigte Studienanfänger. Ziel soll es sein, Blinden und Sehgeschädigten den Übergang von der Schule zur Hochschule zu erleichtern. Informationen gibt das DSW (Deutsches Studentenwerk) oder der DVBS, 5300 Bonn 1, Weberstraße 55.

Kündigung wegen Mißbrauch der Stempeluhr

Kostenpflichtig wies das Arbeitsgericht Braunschweig (Geschäftszeichen 3 Ca 47/83) die Klage eines ehemaligen technischen Angestellten der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel ab, der gegen die fristlose Entlassung durch das Land Niedersachsen juristisch vorgegangen war. Das Gericht hielt die Kündigung - auch ohne vorhergehende Abmahnung - für gerechtfertigt, weil der Angestellte von einem Hausmeister seine Stempelkarte hatte absteampeln lassen und sich innerhalb der von der Stempelkarte registrierten Arbeitszeit unerlaubt vom Arbeitsplatz entfernt hatte.

Personalien

Professor Dr. Eberhard Schmidt, Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Parteien und Verbände, Fachbereich 3, und Dr. Joachim Müller, Hochschulassistent im Fach Betriebswirtschaftslehre, Fachbereich 4, nahmen an der „International Economic Conversion Conference“ vom 22. bis 24. Juni in Boston, Massachusetts, teil. Schmidt referierte über „Models of action to implement conversion: West German achievements“. Dr. Müller hielt einen Vortrag zum Thema „Electoral alliances“.

Professor Dr. Rosemarie Nave-Herz, Soziologin im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften, hat auf Einladung des Düsseldorf Landtagspräsidenten an der öffentlichen Anhörung des Frauenberichts Nordrhein-Westfalens teilgenommen. Sie wurde als einzige nicht zu diesem Bundesland zählende Expertin öffentlich befragt.

Professor Dr. August Schick, Psychologe im Fachbereich 5, referierte auf der Konferenz „Wohnlärm“ des Deutschen Arbeitsrats für Lärmbekämpfung in Baden-Baden über „Untersuchungen zum Lärm im Wohnumfeld: Ursachen-Quellen-Maßnahmen“. Diese Untersuchungen werden von der Arbeitsgruppe zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen mit den japanischen Professoren Dr. Namba und Dr. Kuwano von der Staatsuniversität Osaka durchgeführt.

Professor Dr. Wolfgang Ströbele, Wirtschaftswissenschaftler am Institut für Volkswirtschaftslehre, hielt auf Einladung des Energiestudienzentrums der Niederlande in Petten bei dem internationalen Workshop „Energy and Time in the Economic and Physical Sciences“ einen Vortrag mit dem Thema „An economist's definition of the energy problem: on the optimal intertemporal allocation of energy“.

Dr. Freia Hoffmann, Hochschulassistentin im Fach Musik/Auditive Kommunikation hat an der Universität Köln einen Gastvortrag mit dem Thema „Klang und Geschlecht. Musikpraxis von Frauen in der Ideologie des frühen Bürgertums“ gehalten.

Promotion

Elsbeth Hamann promovierte im Fachbereich 2 mit dem Thema „Theodor Fontanes 'Effi Briest' aus erzähltheoretischer Sicht - unter besonderer Berücksichtigung der Interdependenzen zwischen Autor, Erzählwerk und Leser.“

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (0441) 2006-0

Bücher für Studium und Beruf
collectiv-Buchhandlung
Donnerschwerstraße 12
Telefon (0441) 874 49
2900 Oldenburg

Kopien
Vergrößerungen
Verkleinerungen
Folienkopien
Einbinden
Schnelldruck
ab Auflagen von
20 Stück pro Vorlage
und vieles mehr
beim
KOPIERDIENST
Ammerländer Heerstraße 88
29 Oldenburg · Tel. 7 63 74

Kartoffelkiste
täglich 18-24 Uhr
Küche bis
23.30 Uhr
Restaurant & Kneipe
Tel. 7740

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (0441) 2 52 88

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben
für die Druckindustrie
Littmann Druck
Offsetdruck · Buchdruck
Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (0441) 2 70 51/52

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141